

ALS  
HAMBURG  
IN DIE  
GÄNGE KAM

**DIE LINKE.**

Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

# VORWEG

Norbert Hackbusch

Es ist schon erstaunlich wie im Jahre 2010 alle politischen Parteien in Hamburg und auch die wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen mit dem neuen Leben im Hamburger Gängeviertel poussieren. Darauf deutete im Frühsommer 2009 noch nichts hin.

Damals gammelte das Gelände vor sich hin. Schon in den Wintern davor waren die alten Gebäude mehr oder weniger bewusst sämtlichen Wettereinflüssen ausgesetzt worden. Der holländische Investor Hanzevast war froh darüber und der Senat ließ es geschehen. Nachdem das Quartier 2003 von der Finanzbehörde im Höchstpreisverfahren verkauft worden war und die Gebäude seit Jahren als Spekulationsobjekte vor sich hinschmelzen, hegte Hanzevast große Abriss- und Neubaupläne für das Gängeviertel.

Zwar gab es einige Auflagen des Denkmalschutzamtes, aber im Wesentlichen stand der Plan: entkernte Fassaden und Glaskonstruktionen für Büropaläste.

Auf diese Weise hat der Senat im Laufe der Zeit Fläche um Fläche in der Innenstadt umstrukturiert. Diesmal bekam der Investor glücklicherweise durch die Krise finanzielle Probleme und konnte seine Pläne nicht schnell umsetzen.

Im Sommer 2009 kannte kaum jemand in der Stadt die Reste des Gängeviertel-Geländes. Das sollte sich innerhalb weniger Tage ändern: Am 22. August besetzte die Initiative „Komm in die Gänge“ die Häuser mit diversen Kunstprojekten, Musik, Performances und Veranstaltungen. Innerhalb von zwei Tagen besuchten rund 3.000 Menschen das historische Quartier. Nach diesem Wochenende gingen die Akteure aber nicht einfach wieder weg, sondern hielten das Gelände weiter bespielt. Schirmherr wurde der Maler Daniel Richter, Sohn der Stadt, und bei den herrschenden Parteien ein gewichtiges Argument. Das *Hamburger Abendblatt* berichtete freundlich über die Besetzung und listete die Bausünden der Stadt auf. Die positive Leserreaktion machte die Zeitung – zum Erstaunen vieler – zu einem Unterstützer der Gängeviertel-Aktionen. Zwar ereiferte sich die CDU noch einmal heftig über den vermeintlichen „sozialistischen Streichelzoo“ und Farid Müller von der GAL warf den Akteuren „bornierten Kultursozialismus“ vor, aber das konnte den Zug nicht aufhalten. Das Gängeviertel wurde zum erfolgreichsten Beispiel der Bewegung „Recht auf Stadt“.

Schon vor der Gängeviertel-Besetzung kam in der Hamburger Zeitungslandschaft eine Diskussion über die Freie und Abrissstadt Hamburg auf. Gerade die Hamburger Innenstadt zeigt in frappierender Deutlichkeit, was passiert, wenn sich Spekulation und Höchstrenditen auf dem Grundstücksmarkt durchsetzen: Die letzten Reste von Geschichte verschwinden, die Stadt entsorgt ihre Seele.

Die Summe all der umwobenen und hoch gepriesenen Glasbaufassaden mit maximaler Bruttogeschossfläche ist Ödnis, Langeweile und Gleichförmigkeit. Jeder Aspekt eines Denk-Mals ist verschwunden.

Die Gängeviertel-Besetzer sahen sich von Beginn an in historischer Verantwortung. Ihre Viertelrundgänge sind gespickt mit zahlreichen Informationen über die Geschichte der Häuser und des Stadtteils, die Arbeitssituation in den Gewerberäumen und die Lebensverhältnisse in den Kleinstwohnungen. Dementsprechend gaben sie den Häusern und Räumen ihre Namen: Fabrik, Kutscherhäuser, Druckerei... Die Künstler verstehen sich als offenes soziales Projekt: „Schon jetzt ist das Gängeviertel nicht mehr nur ein Gebäudeensemble, in dem Künstler ausstellen und arbeiten, sondern ein Raum für alle Bürger der Stadt. Und das soll erst der Anfang sein.“

### Ja, die Künstler...

Daniel Richter als Schutzpatron des Gängeviertels war schon eine wichtige symbolische Figur. Zwar war er kaum vor Ort, aber gerade in den Kreisen der schwarz-grünen Koalition hatte seine Stimme Gewicht „...der kriegt für seine Bilder mittlerweile fünfstellige Summen“, wusste GAL-Kultursprecherin Eva Gümbel mit großen Augen in der Bürgerschaft zu verkünden. Für die Medien stellte er eine schillernde Leitfigur dar: Einer der erfolgreichsten Hamburger Künstler setzt sich für kreative Ecken in der Stadt ein und stellt sich frontal gegen die Kulturpolitik der Pfeffersäcke, außerdem hatte er „früher etwas mit der Hafensstraße zu tun“.

Für das Gängeviertel, aber auch alle weiteren Initiativen sind solche Persönlichkeiten wertvoll und erfreulich: Menschen, die sich ihrer Wurzeln erinnern und auch noch wissen, dass die Herrschenden in dieser Stadt mit der kreativen Kultur kaum etwas am Hut haben und sich trotzdem gern damit schmücken wollen.

In der öffentlichen Wahrnehmung geht dabei häufig unter, dass das Gängeviertel nicht nur aus Künstlerinnen und Künstlern besteht. Vielmehr engagieren sich dort die unterschiedlichsten Menschen mit verschiedenen Fähigkeiten und Berufen.





## Recht auf Stadt!

Die Menschen aus dem Gängeviertel und gerade die Künstler dort sind weit entfernt vom finanziellen Polster eines Daniel Richter. Studien weisen vielmehr auf dramatische soziale Situationen hin. Wenigen Erfolgreichen stehen Hunderte von Kulturschaffenden gegenüber, die ihren künstlerischen Anspruch mit Nachtschichten und einzelnen Aufträgen finanzieren – ohne Sicherheit geschweige denn Altersvorsorge. Gerade deshalb sind die Kreativen besonders auf günstige Mieten und öffentliche Räume angewiesen. Ein wichtiger Grund, warum in der Bewegung „Recht auf Stadt“ in Hamburg so viele dabei sind, die künstlerisch im weitesten Sinn aktiv sind.

Die Aktivitäten um das Gängeviertel waren von Anfang an mit dem Netzwerk „Recht auf Stadt“ verbunden. Dieses Bündnis ist im Zuge der Auseinandersetzung um die in Hamburg besonders massive Verdrängung vieler Menschen aus den Innenstadtbereichen entstanden und hat in vielen Konflikten – von den Tanzenden Türmen über No-BNO, Frappant oder Centro Sociale bis zur Moorburgtrasse, um nur einige zu nennen – den Streit um die Stadt geführt, sich gegenseitig unterstützt und Erfolge organisiert.

Die Auseinandersetzung um öffentliche Räume hat mit den erfolgreichen Aktionen im Gängeviertel neuen Auftrieb bekommen.

Die soziale Spaltung in Hamburg ist nicht nur besonders dramatisch, sie ist auch räumlich fassbar. Die Menschen in der Stadt haben in den letzten Jahren mit einem drastischen Anstieg der Mietpreise und einer steten Erhöhung von Bodenpreisen zu kämpfen. Dadurch wurden viele Menschen aus der inneren Stadt herausgedrängt, Freiräume und günstige Flächen sind selten geworden: Musikclubs sind von Mietpreissteigerungen bedroht und in „Szene-Vierteln“ wie der Schanze verdrängen steigende Mieten die originalen und originellen Einzelhändler zu Lasten von Handelsketten jeder Art. Soziale Probleme verbinden sich mit einer Verödung dieser Viertel.

Gerade deshalb dürsten viele Menschen nach Kreativem, Neuem, Schönerem. Das hat ja auch die Stadtentwicklung nach Richard Florida erkannt und versucht jetzt ständig diese Energien zu nutzen, um sie dann auch gleich wieder zu verunglimpfen, wie das Manifest „Not In Our Name“ eindrucksvoll darstellt (siehe Seite 54 ff).

Wir als Hamburger LINKE kämpfen hier gegen die Verwertung des Bodens für den höchsten Profit. Dazu gehört auch die Senatspolitik der Grundstückvergabe nach Höchstpreisverfahren. Mit dieser Logik sammeln sich tote Gewerbegebiete an und es werden Räume für Menschen vernachlässigt, die nicht zu den Luxusgeschöpfen gehören.

Es kann als ein erster kleiner Erfolg gesehen werden, dass die Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk nach den Ereignissen im Gängeviertel die Abkehr vom Höchstpreisverfahren bei städtischen Veräußerungen von Grundstücken verkündet. Allerdings besteht darin im Senat bisher keine Einigkeit. Trotzdem ist es ein erster Schritt.

Mein Eindruck ist auch, dass die politische Ordnung labiler ist als früher. Zwar sind die Repressionsorgane stärker denn je, aber die Legitimität schwächer: Heute wird die Hafensstraße als Geburtshelfer des neuen Lieblings-Fußball-Vereins FC St. Pauli in Hamburg gefeiert. Die Häuser- und Stadtteilbewegung der letzten Jahrzehnte wird von vielen Menschen und selbst dem *Hamburger Abendblatt* als städtebauliche Rettung der Stadt gefeiert: Welch eine subversive Kraft, die neue Chancen mit sich bringt...

DIE LINKE unterstützt das Gängeviertel-Projekt wie auch das „Recht auf Stadt“-Netzwerk. Die sich dadurch zusammenfindenden Kooperationen haben sich als wichtige Chance für den sozialen Zusammenhalt der Stadtteile erwiesen. Die erkämpften öffentlichen Freiräume machen die Stadt bunter, vielfältiger und lebenswerter. Wir unterstützen ausdrücklich staatliche Maßnahmen der sozialen Erhaltungsverordnung und entsprechende im Mietrecht, um Aufwertungsstendenzen aufhalten zu können.

Entscheidend aber wird sein, die Auseinandersetzung auch in die Stadtteile an der Hamburger Peripherie zu tragen. Hier dreht das staatliche Unternehmen SAGA/GWG zunehmend an der Mietpreisschraube, um dem Hamburger Haushalt Jahr für Jahr mehr

Einnahmen zu beschaffen. Die aus der Innenstadt herausgedrängten Menschen werden damit weiter zur Kasse gebeten und die soziale Spaltung in dieser Stadt noch vertieft.

Das alles sind viele kleine Bausteine in der Frage, ob in Hamburg die Immobilienhändler, -aufwerter und -entwickler die Macht behalten und sich damit die soziale Spaltung verschärft oder ob die Stadt Basis für nachbarschaftliche, gemeinschaftliche und kulturelle Räume ist.

Das Gängeviertel zeigt, dass gemeinsames Handeln gegen die kalte Profit-Logik des Kapitalismus erfolgreich sein kann. Es kann, soll und wird ein Beispiel für viele kleine und große Auseinandersetzungen um soziale und öffentliche Räume und Kreativität in dieser unserer Stadt sein!!!



# ALS HAMBURG IN DIE GÄNGE KAM

Christoph Twickel

## Die Besetzung als Kunstfest

Die Aufkleber waren nicht zu übersehen. Im Sommer 2009 klebten sie überall in der Stadt: Rote, runde Sticker mit weißer Aufschrift. „Komm in die Gänge“ – so lautete die Aufforderung, die die Hamburgerinnen und Hamburger am 22. August in ein verfallendes historisches Arbeiterviertel in der Innenstadt bewegen sollte. „Über hundertfünfzig Künstler und Kreative“, ließ die Initiative in einer Erklärung verlauten, „bespielen ab Samstagmittag das Gängeviertel mit ihren Bildern, ihrer Musik und ihren Performances, um dieser Stadt zu zeigen, welches Potential hier an seiner Entfaltung gehindert wird.“ Dass diese „kulturelle Bespielung“ zu Deutschlands berühmtester Hausbesetzung der Nuller Jahre wird, dass sie es schaffen kann, die Themen Stadtentwicklung und Gentrifizierung sowie den Umgang mit dem historischen Erbe einer Stadt sowohl in Hamburg als auch bundesweit auf die Agenda zu setzen: Das konnte damals niemand ahnen. Auch dass der Hamburger Senat das Areal mit den zwölf Gängeviertel-Gebäuden von dem holländischen Immobilienfonds Hanzevast zurückkaufen würde, war selbst in den kühnsten Träumen der „Komm in die Gänge“-Aktivistinnen und -Aktivisten nicht vorstellbar. „Keiner hat am Anfang daran geglaubt, dass wir das wuppen können“, erzählt Florian Tampe – einer der Künstler, die das Viertel schon vor der Besetzung genutzt haben und die die Aktion in monatelanger Vernetzungsarbeit vorbereitet haben. „In Hamburg gilt seit über zwanzig Jahren die Regel, dass eine Besetzung binnen 24 Stunden zu beenden ist – dass wir das brechen können, haben wir nicht für möglich gehalten. Wir wollten mit einem großen Bumm rausgehen und der Stadt zeigen, was sie verliert.“

Doch als das Fest am Sonntag den 23. August zu Ende ging, machten die Gastgeber keine Anstalten, ihre Installationen abzubauen. Von einer „Besetzung“ wollte niemand sprechen. Man blieb einfach. Am Montag erschienen ein paar Herren von den städtischen Liegenschaftsverwaltern SAGA und Sprinkenhof AG, beschwerten sich lauthals und kündigten „Maßnahmen“ an. Doch die blieben aus – und nicht nur das. Noch am selben Tag versicherte die Sprecherin der Hamburger Kulturbehörde, es habe „zu keinem Zeitpunkt“ seitens der Behörden eine Anforderung „zur Räumung oder Durchführung anderer polizeilicher Maßnahmen gegeben.“ Statt Wasserwerfern und Polizeiknüppeln

kamen Solidaritätsnoten. Der Malerstar Daniel Richter hatte sich schon im Vorfeld als Schirmherr zur Verfügung gestellt, Filmemacher Fatih Akin unterstützte öffentlich die Aktion – und selbst die Hamburger Kultursenatorin Karin von Welck bekundete „großes Verständnis“. Zwar wusste man im Senat, dass die holländischen Käufer des Gängeviertels Finanzierungsschwierigkeiten hatten und sich der Teilabriss hinauszögern würde. Doch man ging davon aus, dass die Aktion der „Komm in die Gänge“-Initiative im wesentlichen ein PR-Coup sei, um auf die Raumnot von freien Künstlerinnen und Künstlern hinzuweisen. Eine Woche nach der Besetzung versprach die Kultursenatorin gegenüber dem Magazin *Art*, man werde sich gegenüber Hanzevast für eine „Zwischennutzung durch die Künstler“ einsetzen und erklärte: „Ich weiß, dass es gerade für junge Künstler ein Problem ist, genügend Atelierräume zu bekommen. Wir haben daher bereits alle möglichen Initiativen ergriffen: In meiner Behörde arbeiten wir schon seit längerem daran, neuen Atelierraum zu schaffen.“

Die Initiative beeilte sich nicht, dieser Interpretation zu widersprechen. Im Gegenteil: In den ersten Wochen hielt man sich konsequent an die Sprachregelung, es handele sich um eine „kulturelle Bespielung“ bzw. um ein „kulturelles Hoffest“, das eben einfach unüblich lange andauere. In den internen Gesprächen mit der Kulturbehörde allerdings weigerten sich die Besetzer von Anfang an, über Ausweichflächen zu verhandeln. „Diese Diskussion haben wir nicht zugelassen“, sagt Marion Walter, eine Gänge-Aktivistin der ersten Stunde. „Wir haben nie gesagt, wo wir sonst hin wollen und uns nie angehört, wo sie uns reinstopfen wollen.“ In den öffentlichen Statements konzentrierte sich die Initiative auf das Anliegen, das Gängeviertel als historischen, für die Öffentlichkeit zugänglichen Ort zu erhalten.

Die Option, diesen Ort gegen ein polizeiliches Eingreifen militant zu verteidigen spielte in der Besetzung des Gängeviertel nie eine Rolle. „Wir hatten im Vorfeld mit Leuten aus Hausbesetzerkreisen gesprochen“, so Florian Tampe. „Die haben uns aber gleich gesagt: So wie wir es vor zwanzig, dreißig Jahren gemacht haben, funktioniert es nicht mehr.“ In den Siebziger und Achtziger Jahren waren es Barrikaden und tausende kampfbereiter Unterstützer, die die Städte zeitweilig davor zurückschrecken ließen, Hausbesetzungen

polizeilich zu beenden. Die Drohung, dass eine Räumung bürgerkriegsähnliche Zustände nach sich ziehen würde war seinerzeit – etwa im Falle der Hafestraßenhäuser – durchaus glaubhaft. Zwei Jahrzehnte später ist es eine ganz andere Drohkulisse, die die politischen Kosten einer Räumung in die Höhe treibt: Die Sorge um das Image der Stadt. Denn der mediale Eindruck, den eine polizeiliche Beendigung des friedlichen Künstlerfestes gemacht hätte, wäre verheerend gewesen – zumal der Verkauf und der Teilabriss des Viertels bereits in lokalen und überregionalen Medien als stadtentwicklungspolitischer Sündenfall galt. Schon vier Monate vor der Besetzung hatte der Journalist Till Briegleb in der *Süddeutschen Zeitung* einen Artikel publiziert, in dem er die „Totalsanierung“ des Gängeviertels als „Baustein einer identitätslosen Allerweltsinnenstadt ohne jeden historischen Wert“<sup>1</sup> geißelt.

Die Idee, die Besetzung des Gängeviertels als permanentes Kunstfest durchzuführen, mag ein geschickter Schachzug gewesen sein oder einfach dem Lebensgefühl der Besetzer entsprochen haben. In jedem Fall zielte diese Form der Besetzung auf einen zentralen Aspekt der städtischen Imagepolitik – nämlich auf den Versuch, die Stadt in der Konkurrenz der Metropolen als Standort von Kreativen zu positionieren. Diese Aufmerksamkeit, die die Metropolen seit einigen Jahren den „kreativen Milieus“ schenken, nutzten die Gängeviertel-Besetzer, um einen neuen politischen Raum zu konstituieren und den Diskurs über Kreativität und Stadt gegen den Strich zu bürsten.

1 Süddeutsche Zeitung, 25.04.2009





## Kunst, Kreativität und die unternehmerische Stadt

Im Jahre 1983 hielt der damalige Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) vor den Gästen des Hamburger Überseeclubs einen viel beachteten Vortrag mit dem Titel „Unternehmen Hamburg“. Die Stadt, so Dohnanyi, müsse auf dem Weg von der Industrie- in die Wissensgesellschaft wie ein Unternehmen agieren, das seiner Kundschaft – sprich den Unternehmen, die es anlocken möchte – ein ansprechendes Umfeld bietet. Hamburg dürfe nicht als Standort gelten, an dem „die sozial Schwächeren zwar ihre Chance haben, aber die sozial Starken, also die Besserverdienenden, das heißt die kräftigeren Steuerzahler, sich abgewiesen fühlen“, warnte der Bürgermeister. Dohnanyis Idee von der Stadt als Unternehmen prägt die städtische Politik bis heute – und sie war nicht aus der Luft gegriffen: Überall auf der Welt begannen Metropolen, sich von der Idee einer „Stadt für alle“ zu verabschieden – zugunsten einer neoliberalen Agenda, die die Stadt zuförderst als Unternehmensstandort begriff.

In den späten Neunziger Jahren entdeckte man in Hamburg die brachliegenden Hinterlassenschaften des industriellen Zeitalters. Fabriken, Schlachthöfe, Großmärkte, ungenutzte Bahn- und Hafenanlagen, die einst im Zentrum der Stadt lagen, sollten als „Konversionsflächen“ neuen Raum für Unternehmensansiedlungen bieten. Die Stadt begann, nach und nach Grundstücke auf dem Gelände des ehemaligen Freihafens zu erwerben, um nach dem Beispiel der Londoner „Docklands“ eine „HafenCity“ zu planen – eines der größten Stadtentwicklungsvorhaben Europas. Nach fünf Jahrzehnten der Suburbanisierung und Abwanderung ins Umland sollen die innerstädtischen Gebiete – erweitert durch die Konversionsflächen – zum Mittel der globalen und der regionalen Standort-Konkurrenz werden. Um dieses Ziel möglichst unbelastet von parlamentarischer Kontrolle ansteuern zu können, wählt die unternehmerische Stadt gerne die Rechtsform der GmbH – so etwa im Falle der HafenCity GmbH. Das „Integrationsmodell der europäischen Stadt“, in der alle sozialen Schichten ihren Platz finden, weicht der Stadt der Standortlogik, die im globalen Wettbewerb bestimmte Schichten bevorzugt:

**„Nur mit einem hohen Anteil von Familien, Kindern, (jungen) kreativen Menschen, qualifizierten Fachkräften und gesellschaftlichen Entscheidungsträgern kann die Stadt die Dynamik, das Flair und den Einfluss einer internationalen Metropole entwickeln.“<sup>2</sup>**

So heißt es im „Leitbild Wachsende Stadt“, das 2002 die Hamburger Regierungskoalition aus CDU und rechtspopulistischer Schill-Partei verabschiedete. Eine „zielgruppenorientierte Strategie“, so das Papier, werde Sorge tragen, dass nicht die Falschen – also die Bezieher von sozialen Transferleistungen – dem Ruf nach Hamburg folgten. Es sei „von einem unterdurchschnittlichen Anteil dieser Personengruppen an den Zuziehenden“ auszugehen. Die Richtungsentscheidung ist unmissverständlich: Man will wirtschaftlich potente Einwohner anlocken und ärmere Bevölkerungsgruppen fernhalten. Nicht mehr die real existierende Bevölkerung und ihr Bedarf sind der Maßstab, sondern das Ziel, den Stadtraum attraktiv für Investitions- und Wohnortentscheidungen der anvisierten

<sup>2</sup> Leitbild Metropole Hamburg – Wachsende Stadt, Senatsdrucksache, 11.07.2002

Klientel zu machen. Die Konsequenzen sind weitreichend: Das Bedürfnis nach „Saubereit und Sicherheit“ rechtfertigt, sichtbare Formen von Armut und sozialer Randständigkeit aus dem Stadtbild zu verdrängen. Drogenhilfeeinrichtungen werden geschlossen bzw. zusammengelegt, Überwachungskameras, neue polizeiliche Instrumente wie der „Platzverweis“ und die Teilprivatisierung von Einkaufsstraßen zu „Business Improvement Districts“ helfen dabei, Bettlern, Obdachlosen, Straßenmusikern oder auch herumhängenden Jugendlichen die Nutzung des öffentlichen Raums zu erschweren. Erstaunlicherweise verträgt sich dieses stadträumliche Rollback bestens mit einer Kulturalisierung und Eventisierung der Metropole. Das „Leitbild Wachsende Stadt“ betont die hervorgehobene Rolle der Kultur für eine effektive Imagepolitik:

**„Benötigt werden städtebauliche und architektonische Projekte, kulturelle Veranstaltungen, Events, Festspiele, um Hamburgs Strahlkraft ausbauen zu können und die Unverwechselbarkeit des Standortes zu einem internationalen Markenzeichen entwickeln zu können.“<sup>3</sup>**

Neben dem Bedürfnis nach Spektakelkultur, das Hamburg das Elbphilharmonie-Projekt und – von den Harley-Days bis zum Reeperbahn-Festival – eine stetig wachsende Anzahl an Großevents eingebracht hat, entdeckt die unternehmerische Stadt im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends zunehmend den Reiz der Szene-, Off- bzw. Subkultur. Die Politik zieht hier die Lehren aus der Gentrifizierung der innerstädtischen Wohnviertel in den Achtziger und Neunziger Jahren – also aus dem allmählichen Austausch von ärmeren durch wohlhabendere Bewohner. Schließlich waren es Künstler, Studierende, Musiker, Betreiber kleiner Läden, Clubs und Bars, die ehemalige Arbeiterquartiere wie das Schanzenviertel, das Karolinenviertel oder Ottensen wegen ihrer günstigen Mieten zu bevölkern begannen, diese allmählich zu „Szenevierteln“ machten und damit erhebliche Wertsteigerungen auf dem Immobilienmarkt bewirkten.

Die Karriere des US-amerikanischen Ökonomen Richard Florida zeigt, wie die Beobachtung, dass kreative Milieus Pioniere der ökonomischen Aufwertung sind, zum Rezept für

<sup>3</sup> ebda.

die Stadtentwicklungspolitik wird. In seinem Buch „The Rise Of The Creative Class“ (2002) wies der Stadtforscher für die USA nach, dass die Städte mit erfolgreichen HighTech-Zentren auch die sind, in denen der „Bohème-Index“ – also die Dichte von Menschen mit künstlerischen Berufen – besonders hoch ist. „Talentierte Menschen suchen eine Umgebung, die das Anderssein akzeptiert“<sup>4</sup> – so lautete Floridas Erklärung dafür, warum eine lebendige Subkultur, ein interessantes Nachtleben, kleine Galerien und Off-Theater in der Wissensgesellschaft entscheidende Standortfaktoren sind. Wenn die Bohemians da sind, ist eine Stadt auch für Software-Entwickler, Industrie-Designer und HighTech-Ingenieure interessant: Mit dieser These wurde Richard Florida zum hochbezahlten globalen Shooting-Star unter Stadtentwicklern. 2007 beauftragte der Hamburger Senat die Unternehmensberatung Roland Berger, ein Konzept zu entwickeln, wie Floridas Thesen auf die Hansestadt anwendbar seien. Neben anderen Dingen regten die Unternehmensberater an, die Kultur- und Kreativwirtschaft – in ihren Augen „Katalysatoren für Innovation und Kreativität“ – aktiver zu fördern sowie die existierenden Sub- und Szenekulturen und ihre Viertel stärker zu vermarkten. „Stadtviertel wie die Schanze unterstützen ein Image als weltoffene und tolerante Stadt“<sup>5</sup>, heißt es in dem Gutachten.

Mit der schwarz-grünen Regierungskoalition (seit 2008) entdeckt der Senat Off-Kultur zudem als Imagefaktor zur Aufwertung vernachlässigter und armer Stadtteile. Dort, wo „verstärkt soziale Entmischungsprozesse“ zu beobachten sind – also vor allem in den ehemaligen Sozialwohnungs-Großsiedlungen an der Peripherie – sollen kulturelle Zwischennutzungen „Chancen für positive Wahrnehmungen bisher problematischer Räume bieten und so positive Impulse setzen.“<sup>6</sup> Nicht zuletzt zeigen Dutzende von temporären (und meist unterfinanzierten) Kunst- und Kulturprojekten in urbanen Entwicklungsgebieten wie der Hafencity und Wilhelmsburg, wie die unternehmerische Stadt künstlerisches Schaffen als Motor zu nutzen versucht.

<sup>4</sup> Richard Florida, „The Rise Of The Creative Class“, Washington Monthly, Mai 2000

<sup>5</sup> Talentstadt Hamburg. Endbericht, Roland Berger Strategy Consultants, 26.06.2007

<sup>6</sup> Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (Rise), Senatsdrucksage, 21.07.2009



## Komm in die Gänge: Der Schritt aus dem toten Winkel

Die meisten von denen, die die Besetzung des Gängeviertels geplant und initiiert haben, haben in den Jahren zuvor in Kollektiven und Atelieregemeinschaften gearbeitet, zu deren Praxis auch die Aneignung von brachliegenden Gebäuden gehörte. In gewisser Weise gehörte (und gehört) das temporäre Arbeiten im toten Winkel zu ihrer künstlerischen Identität. „Diese Art zu Leben und zu Arbeiten funktioniert gar nicht, wenn sie von den Behörden abgenommen und genehmigt werden muss“, sagt etwa Gänge-Aktivist Florian Tampe, der als Teil der Künstlergruppe FLSHBX viele Jahre Erfahrung mit „kreativer Zwischennutzung“ hat. „Der schöne, kreative Wildwuchs – das kann eigentlich nur entstehen, wenn man am Rande der Legalität laviert. Das ist auch der Unterschied zum Gängeviertel und seinem Selbstverständnis. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten wir uns immer versteckt und aufgepasst, nicht entdeckt zu werden.“

Künstler, Performer, Musiker, Clubbetreiber und andere unter prekären Bedingungen arbeitende „Kreative“ mussten in den letzten Jahren erleben, wie diese erschwinglichen, wenn auch arbeitsintensiven Zwischenorte in der „Wachsenden Stadt“ ein immer knapperes Gut werden. Die Gentrifizierung innenstadtnaher Gebiete und die Verwandlung von Brachen in Konversionsflächen machen aus den ehemaligen toten Winkeln der Stadt lukrative Anlageobjekte. Die Künstlerin Sabine Mohr beschreibt am Fall des Künstlerhauses Weidenallee, das seit 1978 im Schanzenviertel bestand, wie sich dieser Prozess vollzieht: „Erst kommen die Künstler, da ist noch nichts los. Dann entwickelt sich der Stadtteil und alle Welt beginnt Fabriketagen zu lieben. Und irgendwann kommt ein Investor und krepelt alles um.“<sup>7</sup> Den Künstlern aus der Weidenallee gelang es, gemeinsam mit anderen Initiativen und der Hilfe von Unterstützern, 1,4 Millionen Euro zusammenzutragen, um als Genossenschaft das Erbbaurecht eines Atelierhauses in Ottensen zu kaufen – das heutige „Künstlerhaus Frise“. Der Vorgang stellt die Ausnahme dar – in der Regel sitzen Atelieregemeinschaften, kleine Clubs, Off-Galerien auf dem Immobilienmarkt am kürzeren Hebel. Beispielhaft ist die Odyssee der Künstlergruppe SKAM,

<sup>7</sup> Frise-Style. Ein Interview von Tina Petersen mit Sabine Mohr, Hinrich Gross und Erich Pick, geführt am 13. Oktober 2008, <http://www.thing-hamburg.de/index.php?id=909>

die anderthalb Jahrzehnte im ersten Stockwerk, über dem bekannten „Mojo Club“ an der Reeperbahn 1 residierte. Nachdem das Areal durch die Hände von einem halben Dutzend Immobilienfonds gegangen war, riss die Strabag Real Estate die ehemalige Bowlingbahn im Frühsommer 2009 ab, um zwei 80 Meter hohe Bürogebäude („Tanzende Türme“) zu errichten. Ein Teil der Künstler wich in das ehemalige Frappant-Kaufhaus in Hamburg-Altona aus, um dort ein knappes halbes Jahr später die Kündigung zu erhalten, weil das 70er-Jahre-Einkaufszentrum der bundesweit ersten innerstädtischen Ikea-Filiale weichen sollte. Andere SKAM-Mitglieder nisteten sich im Gängeviertel am Valentinskamp ein, doch auch hier stand ja zunächst der Abriss unmittelbar bevor.

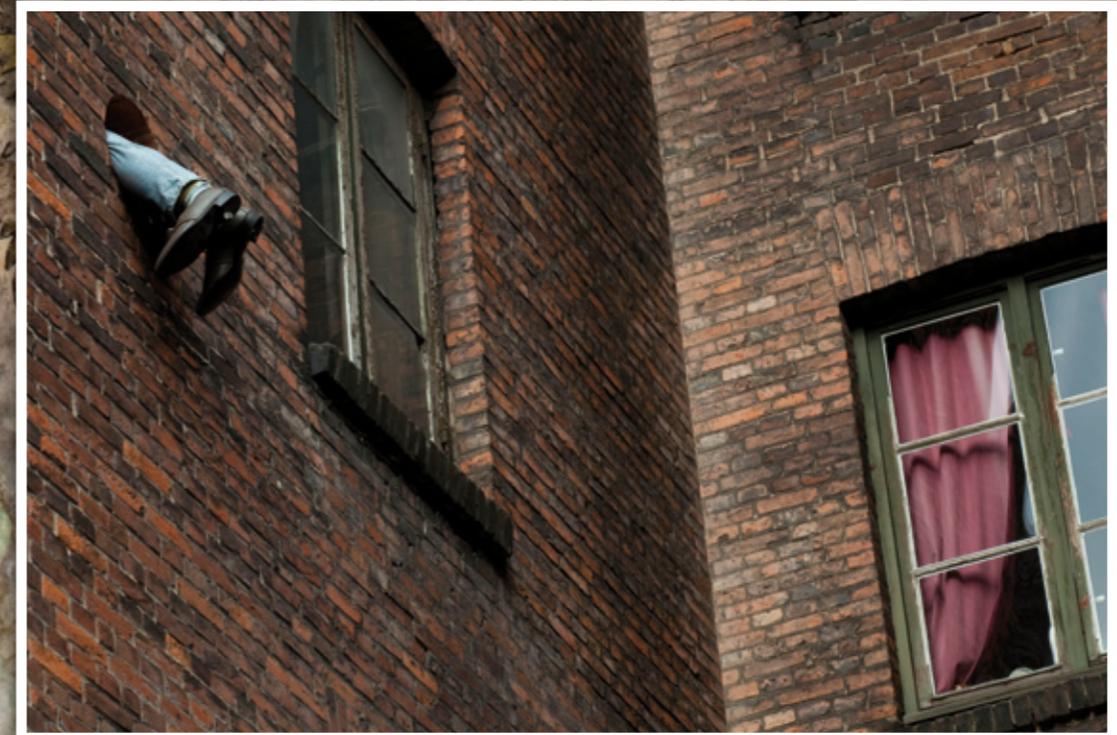
Ähnliche Geschichten hört man von vielen Initiatorinnen und Initiatoren der Gängeviertel-Besetzung. Ganz gleich, ob sie aus den Künstlerhaus Wendenstraße in Hammerbrook oder dem Brandshof am Oberhafen gekommen sind: Alle machten in den Jahren vor der Gänge-Besetzung die Erfahrung, dass der Nährboden für freie Kulturschaffende in der Boomtown Hamburg immer mehr austrocknet, dass Ausweichbewegungen immer schwieriger werden. Gleichzeitig wuchs das Bewusstsein dafür, dass Kulturpolitiker und Stadtentwickler das Nomadentum der Kreativen gezielt für die Agenda der „Wachsenden Stadt“ einsetzen. „Oft haben wir erst während der Arbeit an Projekten gemerkt, dass wir als Künstler Teil einer Aufwertungsstrategie sind“, erinnert sich Florian Tampe. „Mit der FLSHBX-Gruppe haben wir uns zum Beispiel von der IBA in Wilhelmsburg engagieren lassen, ohne überhaupt verstanden zu haben, was das für ein Riesen-Gentrifizierungsprojekt ist.“

Mit dem Entschluss, vom künstlerischen Nomaden zum Hausbesetzer zu werden, haben sich die Gängeviertel-Aktivist\*innen dieser Indienstnahme zunächst einmal grundsätzlich verweigert. Statt sich in die Gebiete locken zu lassen, die im Sinne der „Wachsenden Stadt“ aufzuwerten und zu erschließen sind, okkupieren sie einen Ort, der nach Maßgabe des Immobilienwirtschaft längst 1a-Premiumlage ist. Vor allem aber geht mit dem Schritt von der Zwischennutzung zur Besetzung eine Politisierung einher. Als Zwischennutzer, die immer nur bleiben konnten, bis die Gebäude verkauft, abgerissen oder saniert wurden, sahen sie in regelmäßigen Abständen ihre Eroberungen verschwinden – und mit ihnen

die Arbeit, die sie hineingesteckt hatten.

Mit der Besetzung des Gängeviertels erklären sie diese Arbeit nun zum Politikum, zur sozialen Investition. Statt sich vor den Behörden zu verstecken, verweisen sie öffentlich auf ihre Instandsetzungsmaßnahmen und fordern von der Stadt „die Entlassung des Gängeviertels aus dem Verwertungsdruck, um die bis zu 350 Jahre alten Häuser vor spekulativen Interessen für immer zu schützen.“<sup>8</sup>

8 Pressemitteilung der Initiative „Komm in die Gänge“ vom 24.09.2010



## Vom Gängeviertel zum Recht auf Stadt

Obschon die Initiative für die Besetzung von freien Kulturschaffenden ausging, beschränkten sich die Forderungen von „Komm in die Gänge“ nie auf kulturpolitische Angelegenheiten. Das Medienbild von der kreativen Community, die im Gängeviertel eine Künstlerkolonie durchsetzen will, ist griffig – sie trifft aber nur einen Aspekt der Besetzung. Von der ersten Pressemitteilung an benannten die Besetzer ihr Projekt als „ein selbstverwaltetes, öffentliches und lebendiges Quartier mit kulturellen und sozialen Nutzungen“. In dem bunten Haufen, der sich im Laufe der ersten Monate im Gängeviertel sammelte, spielte es keine Rolle, ob man sich als „Kreativer“ versteht, der seine Brötchen mit Jobs verdient, oder als jemand, der darum kämpft, dass das Jobben noch Zeit lässt für die eigene Kreativität. „Wir sind in vielerlei Hinsicht gar nicht anders gestellt als andere prekär Beschäftigte“, sagt Marion Walter. „Ich zum Beispiel bekomme auf dem freien Wohnungsmarkt nur schwer eine Bleibe – weil ich als freischaffende Künstlerin keinen Einkommensnachweis erbringen kann.“ Tatsächlich findet sich in der Gänge-Community eine recht heterogene Mischung aus kreativen, handwerklichen, sozialen und wissensökonomischen Berufen: Neben den vielen Studierenden, freien Künstlern, DJs und Architekten gibt es ebenso Lehrer, Sozialarbeiter, Gas-Wasser-Installateure, Gemüsehändler, Tischler und Kindergärtner – und natürlich auch Menschen, die für ihren Lebensunterhalt auf Hartz IV angewiesen sind.

Als die Initiative „Komm in die Gänge“ im Sommer 2009 die Häuser zwischen Valentinskamp und Caffamacherreihe besetzte, traf sie in das Herz einer stadtpolitischen Diskussion, die an vielen Stellen Hamburgs entbrannt war. In St. Pauli, vis-à-vis der ehemals besetzten Hafenstraßenhäuser, begannen sich Anwohnerinnen und Anwohner unter dem Slogan „No BNQ!“ gegen den Bau des „Bernhard Nocht Quartiers“ mit 60 Eigentumswohnungen zu wehren. In Hamburg-Altona sorgte die geplante Ansiedlung einer Ikea-Filiale auf dem Gelände des ehemaligen Frappant-Kaufhauses für Widerstand. Wenige hundert Meter weiter besetzten Umwelt- und Stadtteilaktivisten den Gähler-Park, um zu verhindern, dass der Energiekonzern Vattenfall eine Fernwärmetrasse mitten durch Grünflächen buddelt, die vor allem einkommensschwachen Menschen als Erholungsgebiet

dienen. Auch abseits der innenstadtnahen „Szeneviertel“ regte sich Widerstand gegen eine Politik, die sich im Sinne der „Wachsenden Stadt“ auf die wirtschaftsorientierte Auf- und Verwertung des Stadtraumes konzentriert: In Bahrenfeld etwa protestierten Schrebergärtner gegen den Verkauf von 35 Hektar Grünflächen an Immobilienentwickler. Und in Wilhelmsburg organisierten sich Aktivistinnen und Aktivisten gegen den von der Stadt im Rahmen einer internationalen Bauausstellung ausgerufenen „Sprung über die Elbe“, der die Erschließung ihres Stadtteils als Wohn- und Arbeitsort für Besserverdienende vorantreiben soll. Im September 2009 trafen sich im Centro Sociale – ein selbstorganisiertes Stadtteilzentrum in der Schanze – über 80 Delegierte der verschiedenen Initiativen, um ein „Recht auf Stadt“-Netzwerk zu gründen – darunter auch die Gängeviertel-Aktivist\*innen. Immer wieder hat die „Komm in die Gänge“-Initiative seither in Erklärungen, mit Veranstaltungen, gemeinsamen Aktionen, Pressekonferenzen und Demonstrationen ihre Solidarität mit Kämpfen im Zusammenhang des „Recht auf Stadt“-Netzwerks bekundet. Am 29. Oktober 2009 stellten Künstler, Musiker, Schauspieler und Autoren in der gerade eröffneten „Jupi Bar“ im Gängeviertel ein Manifest mit dem Titel „Not In Our Name, Marke Hamburg“<sup>9</sup> vor. Der Text, ein zorniger Angriff auf die Sozial- und Kulturpolitik der unternehmerischen Stadt, brachte die Diskussionen um das „Recht auf Stadt“ bundesweit in die Medien.

„Der Ruf nach Raum für Künstler und Kreative schwang zwar bei der Besetzung des Viertels mit, war aber nicht ausschlaggebend“, sagt Christine Ebeling, Bildhauerin, Kunstschmiedin und in den ersten Monaten die Sprecherin der Initiative. „Uns war wichtiger zu sagen: Die Stadtentwicklung hier läuft aus dem Ruder.“ Und in der Tat: Diese Botschaft hat die Außenwirkung des Gängeviertels von Anfang an maßgeblich geprägt. Die zwölf maroden Gebäude mitten im gesichtslosen innerstädtischen Shopping- und Bürodistrikt wurden zum Symbol für eine „andere“ Stadt, das erstaunlich viele Menschen zu interessieren begann. Im Unterschied zu den allermeisten Off-Kunst-Räumen, in denen sich oft nur weiße, akademisch geprägte Twenty- und Thirtysomethings einfinden, sieht sich das Gängeviertel mit einem sehr heterogenen Publikum konfrontiert.

9 siehe Seite 54 ff



An den Wochenenden streift tagsüber eine zum Teil durchaus bürgerliche Klientel durch die Innenhöfe und Ausstellungsräume. Das Lehrer-Ehepaar, die Seniorengruppe, Hamburg-Touristen: Es kommen Menschen, die sich wahrscheinlich selbst nicht hätten träumen lassen, dass sie sich mal von Hausbesetzern eine Führung geben lassen würden. In den Abendveranstaltungen, die die „Komm in Gänge“-Initiative ehrenamtlich und unter prekären Bedingungen organisiert, geht es mal um Denkmalpflege und Architektur, mal um linke Utopien, es gibt in den ungeheizten Räumen Kammerkonzerte genau so wie DJ-Abende, Theateraufführungen, wechselnde Kunstausstellungen – und auch ein „Blockadetraining“ für eine Anti-Nazi-Demonstration findet Platz. Das Gängeviertel wird zum Tummelplatz für all jene, die sich in der ein oder anderen Weise unwohl fühlen mit einer investmentgesteuerten Stadtentwicklung und nach einer Alternative suchen.

Nicht zuletzt ist es die Finanzkrise, die die Popularität der Besetzung beförderte. Denn die Geschichte des Gängeviertels ist auch eine Fallstudie für den neoliberalen Umgang mit städtischem Grund und Boden: Sie erzählt davon, was geschieht, wenn Politik dem freien Immobilienmarkt nicht nur nichts entgegensetzt, sondern sich selbst zum Player und Nutznießer der Spekulation machen will. Den Direktiven der damaligen Regierungskoalition aus CDU und der rechtspopulistischen Schill-Partei folgend hatte die Finanzbehörde der Freien und Hansestadt das Areal Anfang 2003 im Höchstbieterverfahren verkauft. Der hohe Kaufpreis belastete das Grundstück mit einem erheblichen Renditedruck, was dazu führte, dass der erste Käufer es als Spekulationsobjekt verfallen ließ und schließlich an den niederländischen Immobilienfonds Hanzevast weiterverkaufte. Doch auch die Holländer unternahmen zwei Jahre lang nichts. Die städtischen Verwalter beschleunigten unterdessen noch den Verfall. Immer wieder, so berichten die Besetzer, ließen die Mitarbeiter der Wohnungsbaugesellschaft SAGA im Winter die Fenster entmieteter Wohnungen offen stehen, damit feuchte Wände die Gebäude schneller reif für den Abriss machen. Was die Holländer vorhatten war ohnehin kaum besser als der Abriss: Achtzig Prozent der Altbausubstanz sollte weichen, nur ein paar Fassadenelemente, dekorativ zwischen die bis zu neun Stockwerke hohen Bürotürme platziert, sollten übrig bleiben. Obwohl die meisten der Gebäude denkmalgeschützt sind, befreite die Stadt das Bauprojekt weitgehend von städtebaulichen Auflagen. Im Juli 2009 aber schrieb Hanzevast der

Finanzbehörde, dass man das Vorhaben nicht ohne einen Partner realisieren könne. Der Zusammenbruch der Finanzmärkte hatte dem Investor einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Ob linksradikal oder bürgerlich-konservativ: Am Fall der zwölf dringend sanierungsbedürftigen Gebäude kann jeder nachvollziehen, welche Konsequenzen eine Grundstücksvergabe-Politik zeitigt, die sich mehr um Immobilienwerte als um den Erhalt stadthistorischer Substanz schert. Eben dieses neue, grundsätzliche Misstrauen in eine Politik, die sich zur Geisel der Finanzmärkte macht, schafft Raum für das Bedürfnis nach einer anderen Kollektivität. Ein Bedürfnis, das plötzlich im Gängeviertel Platz findet: „Uns haben unheimlich viele Menschen besucht, die sich plötzlich Gedanken darüber machen, was geschieht, wenn der Sozialstaat kollabiert“, erzählt Hannah Kowalski, Theatermacherin und Gänge-Besetzerin. „Es ging in den Gesprächen oft darum, wie wir uns anders unterstützen können, als auf den Staat zu hoffen.“

Die Anschlussfähigkeit an das bürgerliche Spektrum ist nicht zuletzt auch der Kompromissbereitschaft der Besetzerinnen und Besetzer zu schulden. Als im Oktober 2009 die Übergabe von zwei der Gängeviertel-Häuser durch die Stadt an Hanzevast fällig wurde, stand das Kollektiv vor einer Zerreißprobe. Am Ende lenkten die Besetzer ein, nach langen und heftigen Diskussionen. „Der Senat ist vertraglich zu einer Übergabe der beiden geräumten Gebäude an den Investor Hanzevast verpflichtet“, erklärten sie. „Die Initiative verhindert mit ihrer Räumung der Gebäude, dass durch Schadensersatzforderungen in Millionenhöhe von Hanzevast unnötig Steuergelder verschwendet werden.“<sup>10</sup> Im Gegenzug bezogen sie bislang verschlossene Obergeschosse und drei weitere Gebäude im Viertel. Keinesfall hießen alle Besetzer diese Entscheidung gut. Dass sie eine Zerreißprobe für „Komm in die Gänge“ war, davon zeugt ein Graffiti auf der Brandmauer der zwischenzeitlich geräumten „Fabrik“: „Seid artig, packt eure Bildchen ein und dann hopp, hopp!“, steht dort in gezackt-autonomen Großbuchstaben. Andererseits brachte die verhandlungsorientierte Strategie den Besetzern eine Menge Sympathien von Seiten der bürgerlichen Medien ein. Als der Hamburger Senat im

<sup>10</sup> Pressemitteilung „Komm in die Gänge“ vom 16.10.2009



Dezember 2009 in Verhandlungen den Rückkauf des Viertels beschloss, lobte das Hamburger Abendblatt: „Die Künstler im Gängeviertel haben gewonnen. Mit ihrer gewitzt-freundlichen Art haben sie ein historisches Quartier zurückerobert, das alle – vom Senat über den Bezirk bis zu den meisten Bürgern – schon abgeschrieben hatten. (...) In der Stadt sind auf einmal Themen populär, die einst wie Blei lagen: Stadtentwicklung, Gentrifizierung, Denkmalschutz, Grundstücksvergabe im Höchstpreisverfahren. Das ist gut für die Stadt.“<sup>11</sup> Ein Kommentar, der nur der Höhepunkt einer geradezu kampagnenartigen Unterstützung der Gängeviertel-Besetzung durch das traditionell konservative, regierungsfreundliche Springer-Blatt war. Nicht nur Hamburgs Linke rieb sich beim Blick in die Lokalpresse allmorgendlich die Augen. *Die Zeit*, die *Süddeutsche*, die *Berliner Zeitung*: Überall in der Republik sprach man vom „Wunder von Hamburg“. „Ganz offensichtlich ist die Diskussion über den Wert städtischen Lebens so überfällig, dass selbst heißgeliebte Feindbilder sie nicht mehr aufhalten können“<sup>12</sup>, bemerkte die SZ.

<sup>11</sup> Hamburger Abendblatt, 16.12.2009

<sup>12</sup> Süddeutsche Zeitung, 09.11.2009

## Autonomes Viertel oder Kreativquartier?

Die Welle der öffentlichen Unterstützung, die „Komm in die Gänge“ seit der Besetzung im August 2009 erfuhr, schien mit dem Rückkauf des Gängeviertels durch die Stadt einen krönenden Abschluss zu bekommen. Nicht nur erstattete der Senat dem niederländischen Investor die ursprünglichen Kaufsumme – sie ließ sich den Schwenk obendrein eine Entschädigungssumme von 2,8 Millionen Euro kosten. Ein Vorgang, der in der Geschichte der Stadt Hamburg ohne Beispiel ist und der zeigt, was öffentlicher Druck bewirken kann, wenn eine Stadt um ihr Image als „Kreativmetropole“ fürchten muss. Der Perspektivwechsel war rasant und vollständig: Ein Haufen verfallender Häuser, den die Stadt ihrer Finanzbehörde überlassen hatte, um sie höchstbietend loszuschlagen, war binnen eines halben Jahres zu einem überaus erhaltenswerten Kleinod geworden. Nunmehr versprach man, das Gängeviertel „zu einem lebendigen, kreativen innerstädtischen Quartier“<sup>13</sup> entwickeln zu wollen, wie die Kultursenatorin von Welck kommentierte. Und selbst Hamburgs Oberbaudirektor Jörn Walter, ohne dessen Zustimmung der Teilabriss durch Hanzevast nicht möglich gewesen wäre, zeigte sich nun „sehr froh über die glückliche Entwicklung.“<sup>14</sup>

Auch im Viertel selbst feierte man den symbolträchtigen Rückkauf durch den Senat ausgiebig – gleichzeitig zweifelte niemand daran, dass die wesentlichen Auseinandersetzungen um die Zukunft des Gängeviertels erst bevorstehen. Denn trotz aller Sympathiebekundungen, mit denen die politischen Verantwortungsträger die „Komm in die Gänge“-Initiative überhäufteten, war doch klar, dass Besetzer und Besitzer aus sehr konträren Perspektiven auf das Viertel blicken. Die Lösung, die der Senat anvisiert, geht davon aus, dass der Wildwuchs der Besetzung in geordnete Mietverhältnisse unter städtischer Verwaltung oder mit Hilfe eines privaten Investors überführt werden muss. „Wie man Liegenschaftsverwaltung macht, das ist auch nicht ihre Aufgabe“<sup>15</sup>, hatte die Kultursenatorin in einem Fernsehinterview den Gänge-Besetzern bereits im November ins Stammbuch geschrieben. Genau dies aber ist einer der Grundsätze, auf den sich alle

<sup>13</sup> Hamburger Abendblatt, 16.12.2009

<sup>14</sup> ebda.

<sup>15</sup> Interview mit Herbert Schalthoff, Hamburg 1, 16.11.2009

Gängeviertel-Aktivistinnen und Aktivist, gleich welcher politischen Couleur und Intensität, verständigen konnten. „Das Viertel ist nur in Selbstverwaltung zu entwickeln“, fasst Marion Walter den Beschluss zusammen. „Teillösungen sind nicht akzeptabel. Da sind sich hier alle einig.“

Die Begründung ist – mal wieder – erstaunlich unideologisch. Anders als die Häuserkämpfer der Siebziger und Achtziger Jahre, die in den besetzten Häusern die zu erkämpfende selbstbestimmte und herrschaftsfreie Gesellschaft schon mal vorleben wollten, sorgen sich die Gängeviertelianer eher um die pragmatische Seite des Community-Lebens. Angesichts der dichten Bebauung gäbe es gar keine praktikable Alternative zu einer selbstverwalteten Belegung des Viertels, erklärte die Initiative auf einer Pressekonferenz Mitte März. Denn nur so könne man sicherstellen, dass alle die, die das Viertel nutzen, seinen Charakter als öffentlichen Ort auch mittragen. „Wenn wir von einem Verwalter oder Investor Mieter zugewiesen bekommen, die mit dem Projekt gar nichts zu tun haben, ist der Ärger vorprogrammiert“, erklärte Heiko Donsbach, Architekt und Gänge-Besetzer.

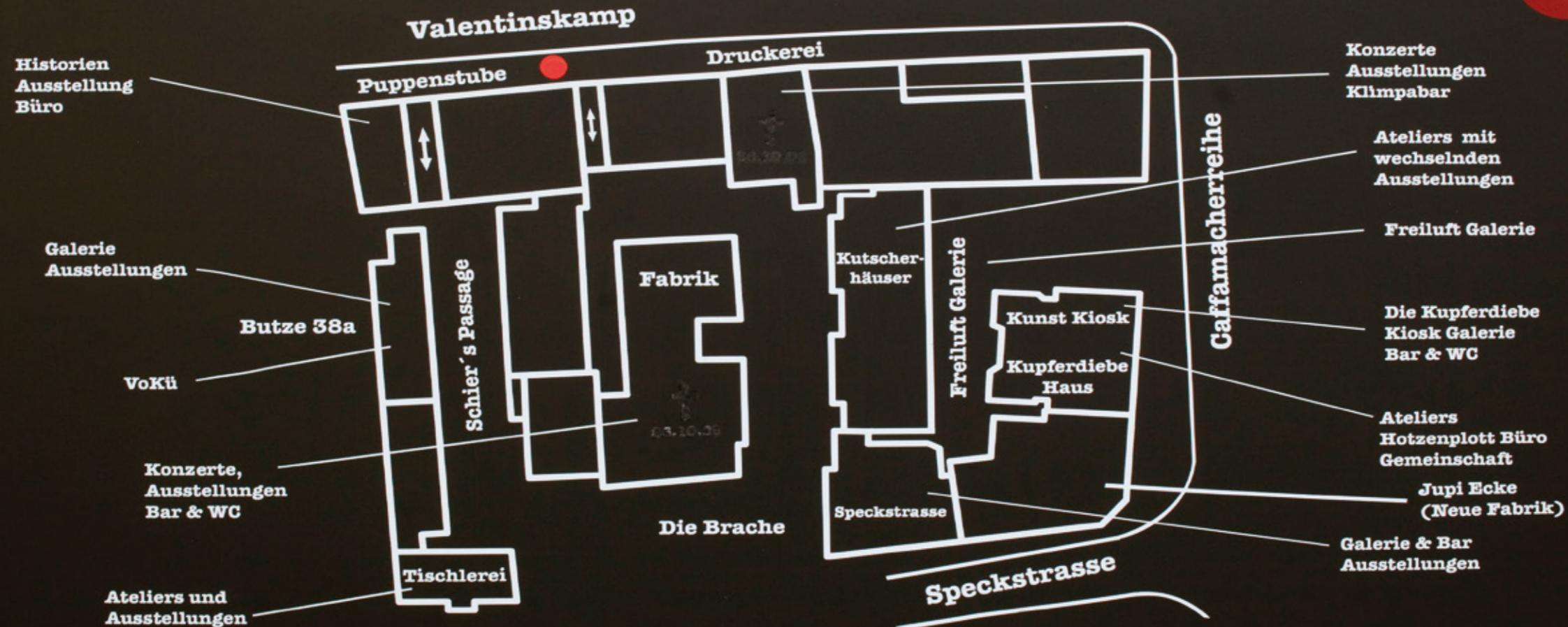
Das „Komm in die Gänge“-Konzept vom März 2010 sieht vor, das Gängeviertel als Genossenschaft zu entwickeln. Die Genossenschaftsmitglieder, so der Plan, bringen die Eigenkapitalsumme auf, auf deren Basis dann mit Förderdarlehen u.a. der Wohnungsbaukreditanstalt die Baukosten finanziert werden können. Die Tilgung erfolgt über die Mieteinnahmen, deren Reinertrag jährlich 616.000 Euro betragen würde. Die Mieten will man je nach Nutzung und Leistungsfähigkeit staffeln: Während die soziokulturell genutzten Flächen nicht teurer als 3 Euro pro Quadratmeter sein sollen, zahlen Gewerbemieter bis zu 12 Euro. Die Ateliers und Wohnungen liegen dazwischen, mit maximal 4 bis 6,50 Euro. Voraussetzung für die Umsetzung dieser Pläne ist, dass die Stadt der Initiative das Areal für eine symbolische Summe bzw. per Erbpacht überlässt.

Doch diese Forderung fand auf Seiten der Stadt wenig Anklang. In den Verhandlungen lehnte die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) eine Anhandgabe zugunsten der Besetzer zunächst ab. Umgekehrt blieb auch die städtische Suche nach einem

# ZAHNNGOLD

## Das Hamburger Gängeviertel

KOMM  
IN DIE  
GÄNGE



benevolenten Investor, der die „Komm in die Gänge“-Aktivitäten in das zukünftige Viertel integrieren möge, ergebnislos. Der zwischenzeitlich ins Spiel gebrachte Medienunternehmer und Versandhauserbe Frank Otto verabschiedete sich nach einem ersten Gespräch mit Vertretern beider Seiten wieder, nachdem ihm die Besetzer bedeutet hatten, dass er für die Initiative nur als Mäzen ohne Eigentumsrechte akzeptabel wäre. Anfang April verkündete die BSU, sie wolle für die Sanierung und Entwicklung die Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg (STEG) als Treuhänder einsetzen. Ein auf den ersten Blick naheliegender Vorschlag: Statt weiter auf eine von den Besetzern abgelehnte private Lösung zu setzen, will sich die Stadt nun eines bewährten Sanierungsträgers bedienen, den sie selbst einst als Instrument der „sanften Stadterneuerung“ ins Leben gerufen hat.

Die STEG, Ende der Achtziger u.a. als Antwort auf die Besetzungen der Hafensstraße und der Roten Flora gegründet, sollte seinerzeit mittels des sogenannten „Quartiersmanagements“ Protesten von Anwohnern gegen die Aufwertung ihrer Viertel vorbeugen. Mit Bürgerbeteiligungsverfahren, Runden Tischen, Sanierungsbeiräten und geförderten Wohn- und Gewerbemieten in dafür ausgewiesenen „Sanierungsgebieten“ versuchte die STEG, Maßnahmen zur „Stadterneuerung“ möglichst anwohnerverträglich durchzuführen und – wie die Rote Flora im Jahre 2000 kritisch bemerkte – „Umstrukturierung als Prozess darzustellen, an dem sich letztendlich alle AnwohnerInnen beteiligt haben oder zumindest die Möglichkeit dazu hatten.“<sup>16</sup> Tatsächlich hat sich an den von der STEG betreuten Sanierungsgebieten Schanz- und Karo Viertel gezeigt, dass diese Art der Stadterneuerung auch ein sehr wirksames Instrument zur Gentrifizierung war. Die Schließung der Drogenhilfeeinrichtung „Fixstern“ am Schulterblatt, die Förderung der Gastronomie und Kommerzialisierung der Viertel und eine Belegungspolitik, die letztlich auf die Abwanderung armer, migrantischer Familien und auf den Zuzug von jungen Freiberuflern setzte: All diese Maßnahmen haben dazu geführt, dass die Schanze und das Karo Viertel heute hochbeliebte Shopping- und Szeneviertel sind, in denen es zwar kaum mehr günstige Wohn- und Gewerbemieten, dafür aber jede Menge „Flagship-Stores“ internationaler Marken und hochpreisige Eigentumswohnungen gibt.

16 „Runde Tische für ein rundes Schanzeviertel“, Rote Flora, Arbeitsgruppe gegen Integration, Januar 2000

Die Stadtentwicklungsbehörde ist bemüht, die Lösung als alternativlos darzustellen. Tatsächlich ist die STEG derzeit der einzige Träger, der städtische Liegenschaften treuhänderisch verwalten kann. Für die Quartierentwicklungsgesellschaft, die 1993 durch ein Management-Buy-out privatisiert wurde, wäre die Sanierung des Viertels ein interessantes Renommierprojekt, mit dem sie sich europaweit für vergleichbare Projekte empfehlen könnte. Doch dass ausgerechnet jener Träger, für den linke Stadtaktivisten einst den Slogan „Kein Weg mit der Steg!“ ersonnen hatten, die Kohlen aus dem Feuer holen soll, stößt bei den Besetzerinnen und Besetzern nicht unbedingt auf Gegenliebe.

Mit oder ohne STEG – die harten Nüsse in den Verhandlungen zwischen Stadt und Gänge-Initiative lassen sich in zwei Punkten zusammenfassen: Zum einen ist da die Frage der selbstverwalteten Belegung und Nutzung. Auf bloße Absichtserklärungen seitens der Behörde und des Sanierungsträgers wollen sich die Gänge-Besetzer nicht verlassen. Sie fordern eine vertragliche Zusicherung, dass das Quartier auch nach der Instandsetzung autonom bleibt. Zum anderen pochen die Besetzerinnen und Besetzer auf Vertragsbedingungen für die Instandsetzung, die verhindern, wirtschaftliche Sachzwänge für eine Kommerzialisierung oder Veräußerung des Gängeviertels ins Feld zu führen. „Wenn sowohl die Planungsleistung als auch die Finanzierung und womöglich auch die Verwaltung über die STEG abgewickelt werden, ergeben sich automatisch erhebliche Interessenskonflikte. Die wirtschaftlichen Sachzwänge führen dann dazu, dass die Inhalte des Konzeptes an die Sach- oder auch Fördermittelzwänge angepasst werden müssen“, sagt Gängeviertel-Aktivist Heiko Donsbach. „So könnte die Kalkulation für die Instandsetzung am Ende so aussehen, dass günstige Mieten und damit eine soziale Nutzung unmöglich werden.“

Um der Initiative zu ermöglichen, das Viertel so zu entwickeln, dass bezahlbare Mieten für Wohnen, Ateliers und Gewerbe entstehen, müsste die Stadt allerdings auf eine gute Summe Geld verzichten: In den Verhandlungen war zwischenzeitlich von ca. 4,5 Millionen Euro die Rede, die man mit einem erneuten Verkauf zu erzielen beabsichtigte. Millio-neneinbußen für ein „Künstlerviertel“ – ist das in einer Stadt, deren Haushalt durch die Pleite der zu 30 Prozent landeseigenen HSH Nordbank schwer gebeutelt ist, überhaupt

durchsetzbar? Ein Blick in die Zeitungsarchive genügt, um festzustellen, dass die Hansestadt an anderer Stelle keinesfalls knauserig ist, wenn es um ihre kulturelle Außendarstellung geht. Die Elbphilharmonie mit ihren nach oben hin offenen 323 Millionen Baukosten ist das prominenteste Beispiel. Rund ein Jahr nach der Finanzkrise und mitten im öffentlichen Lamento über die Kostenexplosion des Landmark-Projekts in der Hafencity fiel der Startschuss für einen „Boulevard mit perfektem Blick auf die Elbphilharmonie“<sup>17</sup> wie die *Bild-Zeitung* jubelte. Kostenpunkt: 30 Millionen Euro – die sich die Stadt allerdings mit dem Bund teilen darf.

Umgekehrt können die Besetzerinnen und Besetzer beanspruchen, sich ihr Recht auf das Gängeviertel erschuft zu haben. Mit tausenden von unbezahlten Arbeitsstunden, Materialspenden, viel Improvisationskraft und Know-how haben sie das historische Areal winterfest gemacht und vor dem Abriss gerettet. „Wir haben mal das, was wir in das Viertel an Arbeitskraft und Material hineingesteckt haben, vorsichtig beziffert“, sagt Marion Walter. „Wir kamen auf rund eine Million Euro.“ Die unbezahlten Überstunden im Gängeviertel beanspruchen die Dispokredite der Aktivistinnen und Aktivisten auf's Äußerste. Doch sie tauchen auf keinem Konto, in keinem Vertragswerk als Anteil an der Immobilie auf. Ausgerechnet Richard Florida, dessen Recherchen unzählige Regionen und Städte dazu inspirierten, Kultur als ökonomisches Aufwertungsinstrument zu nutzen, machte sich in einem ZDF-Interview zum Kronzeugen eines Paradigmenwechsels. Befragt nach dem „Not In Our Name, Marke Hamburg“-Manifest erklärte der US-Ökonom: „Künstler investieren ihren Schweiß, ihr Gespür und ihr Herzblut in ihre Viertel. Warum gibt man ihnen keinen Anteil an den Gebäuden? Wie wäre es denn, wenn sie Eigentumsrechte für ihre Arbeit beanspruchen könnten? Und warum sollte Hamburg nicht die erste Stadt sein, die genau das ausprobiert?“<sup>18</sup>

<sup>17</sup> Bild, 30.12.2009

<sup>18</sup> Interview für ZDF-Aspekte, November 2009, [www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/884024/Interview-mit-Richard-Florida-%2528engl.%2529#/beitrag/video/884024/Interview-mit-Richard-Florida-%28engl.%29](http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/884024/Interview-mit-Richard-Florida-%2528engl.%2529#/beitrag/video/884024/Interview-mit-Richard-Florida-%28engl.%29)

Ein besonders geschickter Vereinnahmung-Schachzug auf dem Weg zu einer neoliberalen „Creative City“? Oder die konkrete Utopie eines Gemeinwesens, in dem auch Arbeit jenseits der Wertschöpfungsketten einen Anspruch auf Teilhabe darstellt? Wie auch immer man Floridas Vorschlag interpretiert – in jedem Fall fällt er aus dem Rahmen dessen, was städtische Behörden derzeit umzusetzen willens und in der Lage sind. Und womöglich liegt gerade darin auch eine Chance des Gängeviertels, der „Recht auf Stadt“-Bewegung und ihrer Netzwerke: Dass es in den Städten sowohl das Bedürfnis als auch die Notwendigkeit gibt, Orte zu schaffen, die sich nur schwer in geregelte Eigentums- und Nutzungsverhältnisse überführen lassen, weil sie ökonomisch und sozialpolitisch aus dem Raster fallen. Orte der Leidenschaft, der Debatte, der experimentellen Kollektivität, die im Wildwuchs entstehen. „Temporäre autonome Zonen“ – ein Begriff aus den frühen Neunzigern – die zu verstetigen auch die Gefahr birgt, einen Rahmen zu schaffen, der die Unvorhersehbarkeit zerstört, von der sie leben. Gleichzeitig geht es – wie bei jeder anderen Hausbesetzung – darum, bezahlbare Räume und öffentliche Orte zu erstreiten und zu sichern, um ein Beispiel zu geben, dass eine andere Stadtentwicklung möglich ist. Man weiß im Gängeviertel um diesen Widerspruch: Dass das Projekt sich institutionalisieren muss, um das eigene Überleben und das der Häuser zu sichern – und dass es sich gegen die Institutionalisierung wehren muss, um ein Raum der Möglichkeiten bleiben zu können. „Natürlich kann man damit auch scheitern“, sagt Hannah Kowalski stellvertretend für viele im Viertel. „Das entlässt uns aber nicht aus der Notwendigkeit, diese Orte zu erobern. Denn nur, wenn es Orte wie das Gängeviertel gibt, bleiben bestimmte Gedanken und Utopien im Gedächtnis.“ Bereits heute ist das der eigentliche Verdienst der „Komm in die Gänge“-Initiative: Sie hat die Frage nach einer Stadt für alle so gestellt, dass man sie – nicht nur in Hamburg – nicht mehr überhören kann.

# GÄNGEVIERTEL CHRONIK

**Anfang des 17. Jahrhunderts:** Die Gängeviertel bilden sich, eng gebaute, wildwuchernde Arbeiterquartiere, die vom Hafenrand bis zum Gänsemarkt reichen.

**1867:** Der Bau der Wexstraße schlägt eine erste Schneise in die Gängeviertel.

**1883:** Für den Bau der Speicherstadt vertreiben die Stadtoberen 24.000 Bewohnerinnen und Bewohner der Gängeviertel auf dem Großen Grasbrook und reißen die Fachwerkhäuser vollständig ab.

**1892:** Die letzte deutsche Cholera-Epidemie bricht in Hamburg aus – rund 17.000 Menschen sterben. Schuld an der rasanten Ausbreitung sind auch die beengten Wohnverhältnisse in den Gängevierteln. Der Direktor des Berliner Hygienischen Instituts Robert Koch soll bei einem Rundgang ausgerufen haben: "Meine Herren, ich vergesse, dass ich in Europa bin!"

**1896/97:** Beim Hamburger Hafentarbeiterstreik kämpfen rund 17.000 Arbeiter gegen unzumutbare Arbeits- und Wohnverhältnisse sowie für höhere Löhne. Viele der Streikenden leben im Gängeviertel.

**ab 1901:** Der Abriss der Gängeviertel erfolgt zuerst in der südlichen Neustadt, dann in der Altstadt und nach dem Ersten Weltkrieg auf dem Gebiet des heutigen Kontorhausviertels. Das Viertel ist zu dieser Zeit eine Hochburg der Kommunistischen Partei und heißt daher auch „Klein Moskau“.

**1934:** Die Nazis lassen die ehemalige Hauptsynagoge Kohlhöfen abreißen – einst das Zentrum des jüdischen Lebens in Hamburg.

**1961:** Eines der letzten Teile der Gängeviertel zwischen Dammtorwall und Valentinskamp muss dem Bau des Unilever-Hochhauses weichen. Die 2.000 Bewohner werden größtenteils in Sozialwohnungen umgesiedelt.

**Ende Januar 2003:** Die Stadt verkauft die 12 Gebäude zwischen Valentinskamp und Caffamacherreihe, die als letztes Gängeviertel gelten. Das Areal, in dem nur noch eine Handvoll



Mieter der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SAGA leben, geht zum Höchstgebot an die Investorengruppe „Fuchs & Werner“. Die Käufer erklären, das Viertel denkmalgerecht sanieren und ein Galerien- und Shoppingviertel nach dem Vorbild der „Hackeschen Höfe“ in Berlin einrichten zu wollen. Auch Künstlerateliers sollen dort Platz finden.

**März 2006:** Nachdem sein Partner Thorsten Fuchs im Zusammenhang mit Immobiliengeschäften wegen Betrug und Urkundenfälschung zu fünf Jahren Haft verurteilt worden ist, präsentiert Hans-Peter Werner den niederländischen Immobilienfonds Hanzevast Capital als Partner für das Gängeviertel. Baubeginn für 113 Wohn- und Gewerbeeinheiten soll Frühjahr 2007 sein.

**Oktober 2007:** Noch immer ist auf dem Areal nichts passiert. Die Investoren wollen mehr abreißen und aufstocken als erlaubt. Der Bezirksamtsleiter Mitte Markus Schreiber fordert, dass die Käufer endlich einen Bauantrag stellen. Die Gebäude verfallen zusehends.

**Mai 2008:** Hanzevast hat das Projekt vom Erstkäufer vollständig übernommen. Noch immer liegt kein Bauantrag vor.

**September 2008:** Bezirk Mitte und Hanzevast einigen sich auf einen städtebaulichen Vertrag, der weitgehende planrechtliche Befreiungen für den Investor vorsieht, unter anderem den vollständigen Abriss zweier Häuser. Die Bauarbeiten sollen im Frühjahr 2009 beginnen.

**Juni 2009:** Hanzevast teilt dem Bezirksamt Mitte und der Finanzbehörde mit, dass man wegen der Finanzkrise im Winter 2008/09 auf der Suche nach einem Mitgesellschafter zur Realisierung des Projekts ist.

**21.07.2009:** In einem Artikel des *Hamburger Abendblatts* fordern die in den beiden verbliebenen Galerien arbeitenden Künstlerinnen und Künstler erstmals, das Viertel für eine Zwischennutzung freizugeben, da sie davon ausgehen, dass Hanzevast nicht bauen wird.



22./23.08.2009: Die Initiative „Komm in die Gänge“ lädt zu einem „Hoffest“ im Gängeviertel ein. Rund 3.000 Menschen kommen, schauen sich Ausstellungen und Performances in den Häusern an und feiern in den Innenhöfen.

25.08.2009: Mitarbeiter der städtischen Verwaltungsgesellschaft Sprinkenhof AG verschließen einige der Gebäude. Die Kulturbehörde und die Besetzer einigen sich darauf, dass die Erdgeschosse zunächst weiter bespielt werden können. Der weltbekannte Hamburger Künstler Daniel Richter kritisiert die Hamburger Kulturpolitik, dass sie nicht dafür Sorge trage, preisgünstige Ateliers zu fördern, dafür aber eine „abgeschmackte Art von Konsum und Massenunterhaltung“ mit Millionenbeträgen unterstützt.

02.09.2009: Der Bezirk Mitte erteilt dem Investor Hanzevast die Baugenehmigung.

09.09.2009: „Komm in die Gänge“ schließt mit der Stadt eine Vereinbarung über eine vorübergehende Teilnutzung der Gebäude bis zum Baubeginn durch Hanzevast. In den folgenden Monaten finden im Gängeviertel Dutzende von Ausstellungen, Diskussionsveranstaltungen, Konzerte, Lesungen, Performances, DJ-Abende etc. statt – von unbekanntenen Künstlern bis zu renommierten Namen wie Fettes Brot, Rocko Schamoni oder Fatih Akin ist alles vertreten.

06.10.2009: Das *Hamburger Abendblatt* meldet, dass die Stadt dem Investor per Brief angekündigt habe, vom Kaufvertrag zurücktreten zu wollen. Hanzevast wird dies später dementieren.

10.10.2009: „Komm in die Gänge“ stellt ein erstes Nutzungskonzept vor. Die Initiative will in Selbstverwaltung „bezahlbaren Wohn- und Arbeitsraum für die Stadt Hamburg und seine Anwohner schaffen sowie ein soziokulturelles Zentrum.“

20.10.2009: Hanzevast zahlt eine der drei noch fälligen Kaufraten an die Stadt. Die Kulturbehörde lässt verlauten, der Investor habe „damit signalisiert, dass er an seinen Entwicklungsplänen für das Gängeviertel festhalten und den Vertrag weiterhin erfüllen will.“



**22.10.2009:** Ein vom Bezirksamtsleiter Mitte Markus Schreiber einberufener Runder Tisch, an dem die Künstler, Hanzevast und Senatsvertreter teilnehmen sollen, wird von der Stadt abgesagt. Außerdem kassiert die Kulturbehörde einen Gastbeitrag des Oberbaudirektors Jörn Walter, in dem dieser sich für die Integration der Künstler in das Viertel ausspricht.

**26.10.2009:** Laut Vertrag mit Hanzevast ist die Übergabe der Gebäude fällig, in denen sich die „Fabrik“ und die „Druckerei“ befinden, wo auch die öffentlichen Veranstaltungen der Besetzerinitiative stattfinden. Nach langen internen Diskussionen lenken die Besetzer ein: „Der Senat ist vertraglich zu einer Übergabe der beiden geräumten Gebäude an den Investor Hanzevast verpflichtet“, erklären sie. „Die Initiative verhindert mit ihrer Räumung der Gebäude, dass durch Schadensersatzforderungen in Millionenhöhe von Hanzevast unnötig Steuergelder verschwendet werden.“ Im Gegenzug beziehen die Besetzer bislang verschlossene Obergeschosse und drei weitere Gebäude im Viertel.

**27.10.2009:** Der Hamburger Senat beschließt, dass das Investorenkonzept für den Umbau des Gängeviertels überarbeitet und die Künstler ins Viertel integriert werden müssen. Hanzevast stellt beim Landgericht einen Eilantrag auf eine einstweilige Verfügung, die der Stadt verbieten soll, Nutzungsvereinbarungen mit den Besetzern einzugehen.

**29.10.2009:** Eine Gruppe von Kulturschaffenden, darunter Rocko Schamoni, Peter Lohmeyer, Ted Gaier und Melissa Logan, stellt im Gängeviertel das Manifest „Not In Our Name, Marke Hamburg“ vor. Es übt scharfe Kritik am Leitbild der „Wachsenden Stadt“ und der Hamburger Kulturpolitik. Das Manifest, das in den kommenden Wochen über 5.000 Menschen unterzeichnen, erhält bundesweite Aufmerksamkeit und stößt ähnliche Initiativen im Ruhrgebiet, Düsseldorf und anderen Städten an.

**11.11.2009:** Der Senat beschließt, mit Hanzevast Verhandlungen über einen Rückkauf des Gängeviertels aufzunehmen. Die Nachricht erreicht die Besetzer auf einer „Recht auf Stadt“-Protestkundgebung in der Innenstadt und löst Jubel aus. „Der nächste Vertrag muss mit uns unterzeichnet werden“, so Initiativensprecherin Christine Ebeling.

**25.11.2009:** Hanzevast unterliegt vor dem Oberlandesgericht mit dem Anliegen, der Stadt Zwischennutzungsverträge mit den Gänge-Besetzern zu verbieten.



**15.12.2009:** Der Senat und Hanzevast unterschreiben einen Rückabwicklungsvertrag, der dem Investor 2,8 Millionen zusätzlich zum Kaufpreis garantiert. Das Gängeviertel gehört wieder der Stadt. „Jetzt haben wir die Möglichkeit, ein neues Konzept für das Gängeviertel zu verwirklichen“, erklärt die grüne Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk nach der Vertragsunterzeichnung. „Unter Berücksichtigung der Kriterien Stadtentwicklung, Denkmalschutz, Künstlernutzung und Wirtschaftlichkeit wollen wir eine tragfähige Lösung für das Gängeviertel finden.“

**18.12.2009:** Über 4.000 Menschen demonstrieren bei Schneesturm und minus sieben Grad bei der „Recht auf Stadt“-Parade mehrere Stunden gegen Gentrifizierung und Privatisierung der Stadt.

**31.12.2009:** Die Gänge-Initiative besetzt aufs Neue die zwischenzeitlich geräumten Gebäude mit der „Fabrik“ und der „Druckerei“ und feiert dort Silvester.

**26.02.2010:** Zum halbjährigen Jubiläum ziehen die Besetzer Bilanz und pochen darauf, dass für die Initiative nur eine Sanierung, Entwicklung und Belegung des Viertels in Eigenregie in Frage kommt.

**11.03.2010:** Das Bauprüfamt kündigt an, wegen Lärmbeschwerden und angeblich mangelndem Brandschutz alle Veranstaltungen mit Ausnahme von Kunstausstellungen untersagen zu wollen. Die Besetzer beschließen, das Viertel aus Protest komplett für die Öffentlichkeit zu schließen und alle Veranstaltungen in U-Bahn-Stationen und auf öffentliche Plätze verlegen.

**Anfang April 2010:** Der Hamburger Senat bringt den Sanierungsträger STEG (Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft) als Partner bei der Realisierung des Gängeviertels ins Spiel.

**10.04.2010:** Die Initiative „Komm in die Gänge“ stellt während eines „Zukunftswochenendes“ im Viertel ein detailliertes Konzept für die Sanierung und den Betrieb des Gängeviertels vor.

# ZUKUNFT

## **„WER WIR SIND, WAS WIR WOLLEN – UND FÜR WEN WIR DAS ALLES MACHEN“**

*Unsere Vision der zukünftigen Entwicklung des Gängeviertels: Offenheit und breite Zugänglichkeit für alle.*

Nicht nur zentrale Räumlichkeiten und Flächen sollen für die Öffentlichkeit zugänglich, nutzbar und barrierefrei erreichbar sein, auch die Möglichkeit zur Mitwirkung an der Entwicklung ist gegeben. Das Gängeviertel wird nie ein geschlossener Kreis sein.

### ***Selbstbestimmung und -gestaltung des eigenen Lebensumfelds.***

Das Gängeviertel ist Ausdruck eines anderen Verständnisses von Stadtentwicklung und gesellschaftlicher Partizipation. Deshalb muss es von den Aktiven eigenständig entwickelt und betrieben werden.

### ***Lebhafter Diskursraum für künstlerische und gesellschaftliche Fragen. Vielfalt der Lebensentwürfe und der kulturellen Perspektiven.***

Das Gängeviertel befördert die Vielfalt unterschiedlichster Lebens-, Arbeits-, und Kunstvorstellungen im direkten Miteinander. Es ist ein Modell für das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen.

### ***Freiräume für künstlerische und kulturelle Entwicklung.***

### ***Gemeinschaftliches Leben ohne Verwertungsdruck und gegenseitige Verdrängung.***

Das Gängeviertel will ein Ort für alle Bevölkerungsschichten sein. Das „Recht auf Stadt“ soll sich niemals nach finanzieller Leistungsfähigkeit richten. Das Viertel versteht sich als Antagonist zur Ökonomisierung der Innenstädte und weiterer Lebensbereiche.

### ***Wiederbelebung des Charakters des historischen Viertels.***

Das Gängeviertel wird in seiner Gesamtheit ein wahrnehmbares Beispiel des letzten Stücks Arbeiterarchitektur in der Innenstadt bleiben – und damit ein steter Kontrast zu seiner Umgebung.

## Erhalt der historischen Gebäude

Das Gängeviertel ist ein städtebauliches und architektonisches Juwel, das wir retten und erhalten wollen. 350 Jahre Hamburger Baukultur sind hier mit eigenen Augen zu sehen und mit Händen zu berühren. Dieses Quartier ist einzigartig. Es ist innerhalb der Innenstadt das letzte Vermächtnis der Menschen, die einst das ökonomische Rückgrat Hamburgs gebildet haben. Das Gängeviertel erzählt eine Geschichte – und es ist nicht die Geschichte der Großen und Bedeutenden: Grundrisse dokumentieren die historische Enge und das Elend der Lebensverhältnisse, an den Fassaden sind die Spuren der Kriege lesbar, und in den Häusern selbst sind Kostbarkeiten verborgen, die bei Begehungen mit dem Denkmalschutzamt entdeckt wurden: Türen und Beschläge aus dem 18. Jahrhundert, die ersten ultramarinblauen Tapeten, Eiskeller unter der Erde. Unter der Schier's Passage verbergen sich gemauerte Gänge, die einst die Untergeschosse miteinander verbunden haben. Spuren in der Passage verweisen auf ein längst verschwundenes Gebäude. Das Gängeviertel hat Kriege, Revolution, Kahlschlagsanierung und die Vernachlässigung der vergangenen Jahrzehnte überlebt. Wir werden es schützen und mit ihm leben, weil es uns etwas bedeutet. Weil wir mehr darin sehen als seinen monetären Wert.

## Räume für Kunst und Kultur

Ein Ziel der Initiative „Komm in die Gänge“ ist die Förderung von kreativen und künstlerischen Freiräumen. Deshalb werden wir Ateliers, Werkstätten, Wohnungen, Labore und offene Räume mit niedrigen Mieten schaffen. Heterogenität und Vielseitigkeit zuzulassen, ist für einen interessanten, lebhaften und funktionierenden Kulturort „Gängeviertel“ essentiell. Deshalb werden wir Orte schaffen, an denen unterschiedliche Kunstrichtungen und Professionalisierungsgrade ineinander greifen bzw. nebeneinander bestehen können. Es soll in ihnen nicht nur Platz sein für professionelle Künstler, sondern auch für künstlerisch tätige Laien: Maler, Bildhauer, Streetart-, Konzept- und Installationskünstler, Literaten, Musiker oder Schauspieler sollen sich mit künstlerisch ambitionierten Kindern, Jugendlichen, Senioren, Menschen mit Behinderung, Studierenden oder Freiberuflern verzahnen. Auch die Zusammenarbeit mit Hamburger Kunstinstitutionen wie dem Thalia Theater, dem Deutschen Schauspielhaus, der Kunsthalle, den Hochschulen, dem Museum für

Hamburgische Geschichte und der Musikhalle soll weiter ausgebaut werden. Die Vermischung von Hoch-, Sub- und Populärkultur wird für alle Seiten eine Erweiterung ihres Horizonts bedeuten. Gleichzeitig will das Gängeviertel kein Gemischtwarenladen sein. Der Wunsch der Initiative „Komm in die Gänge“, einen niedrigschwelligen Zugang zur Kunst zu gewährleisten, trifft auf künstlerische Qualitätsansprüche. In diesem Spannungsfeld muss in Zukunft also zwischen verschiedenen inhaltlichen Ansätzen, Arbeitsweisen und Ansprüchen an Raumnutzungen vermittelt werden. Hierfür haben wir zwei Gruppen gebildet, die Kommunikationsprozesse und Entscheidungsfindungen unterstützen sollen: eine Koordinationsgruppe und eine Belegungskommission. Die Koordinationsgruppe ist allen Aktiven zugänglich und stimmt die organisatorischen Rahmenbedingungen verschiedener künstlerischer Aktivitäten und Veranstaltungen im Gängeviertel miteinander ab. Dabei organisieren sich die jeweiligen Veranstaltungsorte unabhängig. Es gibt keine gesamt künstlerische Leitung des Gängeviertels, jeder Ort gestaltet seine öffentlichen Räumlichkeiten selbst. Die eigenständige Arbeit in den einzelnen Häusern schafft Raum für unterschiedliche Schwerpunkte – etwa der Spezialisierung einer Galerie auf raumgreifende Installationen. Geplant ist zudem, ein bis zwei Mal im Jahr themengebundene Veranstaltungen durchzuführen, die das gesamte Viertel umfassen. Die Belegungskommission soll die verschiedenen Raumnutzungen und die Raumvergabe transparent koordinieren und entscheiden. Sie ist gemäß unserer Nutzungstypologie besetzt. Zur Belegungskommission können externe Berater und Unterstützer sowie Personen aus unserer Verwaltungsstruktur hinzugezogen werden. (...)



## Räume für Soziales

Ein Charakteristikum der Initiative „Komm in die Gänge“ ist die enge Verknüpfung von sozialen und künstlerischen Fragen und Aktivitäten. Wir wollen Kunst und Kultur nicht als etwas von Gesellschaft und Leben Abgesondertes denken, sondern dazu beitragen, dass sich Soziales und Künstlerisches wechselseitig befruchten. Hierfür sind Orte der Begegnung und des Austauschs nötig, die allen offen stehen. Deswegen werden wir in der „Druckerei“ und der „Fabrik“ Räume schaffen, die der ganzen Stadt ein Forum bieten. Für die Diskussion drängender gesellschaftlicher Fragen, für Seminare, zum Wissensaustausch und zur Begegnung. Räume, in denen Menschen zusammen kommen sollen, die sich ansonsten nie treffen würden. Außerdem werden im Gängeviertel Räume für vielfältige freie Gruppen mit sozialem Schwerpunkt entstehen – von einem „Indymedia Center“ (Plattform für unabhängige Berichterstattung) über „Viva Con Agua“ (Hilfe für Kuba) bis zum „Medibüro“ (Büro für medizinische Flüchtlingshilfe). Menschen, die sonst nirgends ein Forum haben, sollen in der Innenstadt wieder einen Bezugsort finden.



Die Sinnhaftigkeit von zivilgesellschaftlichem, politischem Engagement soll nicht nur für jene erfahrbar werden, die sich aktiv am Projekt „Gängeviertel“ beteiligen. Unter anderem wollen wir bei Kindern und Jugendlichen praxisnah Interesse an Politik, Gesellschaft, Stadt und Kunst wecken und werden deswegen regelmäßig Workshops und Schülerführungen durchführen. Das Gängeviertel ist aufgrund seiner zentralen Lage und Entstehungsgeschichte ein idealer Lernort für die Auseinandersetzung mit emanzipatorischen Prozessen sowie der Stadtgeschichte und -entwicklung.

Die Entwicklung dieser soziokulturellen Räume kann natürlich nicht im Rahmen eines starren Konzeptes vonstatten gehen, sondern nur prozessual, unter Beteiligung der Bürger und an den Bedürfnissen und dem Handeln der Menschen orientiert. Außerdem ist offensichtlich, dass für ein derart umfangreiches, soziokulturelles Vorhaben erfahrene und engagierte Akteure von Nöten sind. Deshalb freuen wir uns, dass sich der Initiative „Komm in die Gänge“ bereits jetzt eine große Zahl von Personen angeschlossen haben, die eine entsprechende künstlerische als auch soziale Qualifizierung bzw. Berufsausbildung besitzen. Viele können aus ähnlich gelagerten Initiativen jahrelange Erfahrungen einbringen. Zukunftsweisend ist zudem die sehr gute, auch internationale Vernetzung, die von Künstlern und politisch Aktiven in Hamburg in den vergangenen Jahrzehnten aufgebaut wurde.



## Räume zum Wohnen und Arbeiten

Die Initiative „Komm in die Gänge“ will Wohnen und Arbeiten an einem Ort ermöglichen und bezieht sich damit explizit auf die historische Nutzung des Gängeviertels. Sie wird verschiedene Typen von Räumen anbieten, die dies leisten: Atelier- und Stipendiaten-Wohnungen (befristete Ateliers) sowie reine Wohnräume, die in direkter Nähe zu Gewerbeflächen im Viertel liegen können. Jede und jeder – auch Menschen, die sich nicht als Künstler verstehen – soll die Möglichkeit haben, sich um Räumlichkeiten im Gängeviertel zu bewerben. Die Initiative will niemals zu einer nur um sich selbst kreisenden Künstler-Enklave werden. Wir wollen ein wirkliches Stück Stadt schaffen, das für alle offen und von Nutzen ist. Damit das soziokulturelle Konzept umsetzbar ist und der gemeinschaftliche Charakter des Viertels erhalten bleibt, soll das Wohnen im Gängeviertel direkt an ein dort verortetes Engagement gekoppelt sein. Niedrige Mieten werden es den Bewohnern ermöglichen, Zeit in die Pflege der Häuser, in die Betreuung der Flächen oder die Organisation des Gängeviertels zu investieren. Denn nicht alle Arbeiten wird das Gängeviertel zusätzlich mit Löhnen ausgleichen können. Allen Aktiven ist klar: Ihr Engagement im Gängeviertel wird sie nie reich machen, dafür aber sozial und ideell bereichern. Das Gängeviertel will ein kommunaler und kooperativer Ort sein. Das bedeutet, dass die Auswahl der Mieter bei dafür zuständigen Kommissionen innerhalb des Viertels liegen muss. Nur so kann das soziale und kooperative Gefüge erhalten und gefördert werden. Vielseitigkeit, Offenheit und Fluktuation hinsichtlich der Bewohnerstruktur wollen wir darüber hinaus durch strukturelle Erweiterungen gewährleisten, durch flexibel und vereinfacht zu besetzende Stipendiaten-Wohnungen (befristete Atelierwohnungen) einerseits und durch externe Berater andererseits, die neben Aktiven des Gängeviertels in den Belegungskommissionen sitzen werden.



## Räume für Gewerbe

Gewerbliche Nutzung ist der Initiative wichtig. Dabei wollen wir bei Auswahl und Ausgestaltung der Gewerbenutzungen einen Gegenpart bilden zu den vorhandenen Angeboten in der Innenstadt, die den Bürgern Hamburgs nur noch die Wahl bieten zwischen Caféhauskette A oder B. Deswegen will die Initiative gerade „kleinen“ Unternehmen und „Start Ups“, die sich mit dem Selbstverständnis des Projekts identifizieren können, die Realisierung ihrer Geschäftsideen ermöglichen. Geplant sind bislang unter anderem ein Bio-Café, eine Gastronomie mit Kunstkonzept, eine Kindertagesstätte, ein Literaturladen, Galerien sowie Räume für kleinere Handwerksbetriebe sowie Mode- und Musiklabels. Dabei ist die Höhe der Mieten ein zentraler Punkt. Diese sollen nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der einzelnen Nutzer gestaffelt werden. Gleichwohl werden die Gewerbetreibenden im Gängeviertel wirtschaftlich arbeiten und Gewinne machen. Dabei unterscheiden wir zwischen Gewerbe, das auf eigene Rechnung arbeitet, und aus dem Gängeviertel heraus bewirtschafteten Räumen, deren Gewinne direkt in das Viertel fließen. Beide sichern zusammen mit den Einkünften aus Wohnmieten die langfristige, ökonomische Tragbarkeit des Gesamtprojekts.

# MANIFEST

## **Not In Our Name, Marke Hamburg!**

„Ein Gespenst geht um in Europa, seit der US-Ökonom Richard Florida vorgerechnet hat, dass nur die Städte prosperieren, in denen sich die „kreative Klasse“ wohlfühlt. „Cities without gays and rock bands are losing the economic development race“, schreibt Florida. Viele europäische Metropolen konkurrieren heute darum, zum Ansiedlungsgebiet für diese „kreative Klasse“ zu werden. Für Hamburg hat die Konkurrenz der Standorte mittlerweile dazu geführt, dass sich die städtische Politik immer mehr einer „Image City“ unterordnet. Es geht darum, ein bestimmtes Bild von Stadt in die Welt zu setzen: Das Bild von der „pulsierenden Metropole“, die „ein anregendes Umfeld und beste Chancen für Kulturschaffende aller Couleur“ bietet. Eine stadteigene Marketing-Agentur sorgt dafür, dass dieses Bild als „Marke Hamburg“ in die Medien eingespeist wird. Sie überschwemmt die Republik mit Broschüren, in denen aus Hamburg ein widerspruchsfreies, sozial befriedetes Fantasia-land mit Elbphilharmonie und Table-Dance, Blankenese und Schanze, Agenturleben und Künstlerszene wird. Harley-Days auf dem Kiez, Gay-Paraden in St. Georg, Off-Kunst-Spektakel in der Hafencity, Reeperbahn-Festival, Fanmeilen und Cruise Days: Kaum eine Woche vergeht ohne ein touristisches Megaevent, das „markenstärkende Funktion“ übernehmen soll.

Liebe Standortpolitiker: Wir weigern uns, über diese Stadt in Marketing-Kategorien zu sprechen. Wir sagen: Aua, es tut weh. Hört auf mit dem Scheiß. Wir lassen uns nicht für blöd verkaufen. Wir wollen weder dabei helfen, den Kiez als „bunten, frechen, vielseitigen Stadtteil“ zu „positionieren“, noch denken wir bei Hamburg an „Wasser, Weltoffenheit, Internationalität“, oder was euch sonst noch an „Erfolgsbausteinen der Marke Hamburg“ einfällt. Wir denken an andere Sachen. An über eine Million leerstehende Büroquadratmeter zum Beispiel und daran, dass ihr die Elbe trotzdem immer weiter zubauen lasst, mit Premium-Glaszähnen. Wir stellen fest, dass es in der westlichen inneren Stadt kaum mehr ein WG-Zimmer unter 450 Euro gibt und kaum mehr Wohnungen unter 10 Euro pro Quadratmeter. Dass sich die Anzahl der Sozialwohnungen in den nächsten zehn Jahren halbieren wird. Dass die armen, die alten und migrantischen Bewohner an den Stadtrand ziehen, weil Hartz IV und eine städtische Wohnungsvergabepolitik dafür sorgen.

Wir glauben: Eure „wachsende Stadt“ ist in Wahrheit die segregierte Stadt, wie im 19. Jahrhundert. Die Promenaden den Gutsituierten, dem Pöbel die Mietskasernen außerhalb.

Und deshalb sind wir auch nicht dabei, beim Werbefeldzug für die „Marke Hamburg“. Nicht dass ihr uns freundlich gebeten hättet. Im Gegenteil: Uns ist nicht verborgen geblieben, dass die seit Jahren sinkenden kulturpolitischen Fördermittel für freie künstlerische Arbeit heutzutage auch noch zunehmend nach standortpolitischen Kriterien vergeben werden. Siehe Wilhelmsburg, die Neue Große Bergstraße, siehe die Hafencity: Wie der Esel der Karotte sollen bildende Künstler den Fördertöpfen und Zwischennutzungs-Gelegenheiten nachlaufen – dahin, wo es Entwicklungsgebiete zu beleben, Investoren oder neue, zahlungskräftigere Bewohner anzulocken gilt. Ihr haltet es offensichtlich für selbstverständlich, kulturelle Ressourcen „bewusst für die Stadtentwicklung“ und „für das Stadt-Image“ einzusetzen. Kultur soll zum Ornament einer Art Turbo-Gentrifizierung werden, weil ihr die üblichen, jahrelangen Trockenwohn-Prozesse gar nicht mehr abwarten wollt. Wie die Stadt danach aussehen soll, kann man in St. Pauli und im Schanzenviertel begutachten: Aus ehemaligen Arbeiterstadtteilen, dann „Szenevierteln“, werden binnen kürzester Zeit exklusive Wohngegenden mit angeschlossenem Party- und Shopping Kiez, auf dem Franchising-Gastronomie und Ketten wie H&M die Amüsierhorde abmelken.

Die Hamburgische Kulturpolitik ist längst integraler Bestandteil eurer Eventisierungs-Strategie. 30 Millionen Euro gingen an das Militaria-Museum eines reaktionären Sammlerfürsten. Über 40 Prozent der Ausgaben für Kultur entfallen derzeit auf die „Elbphilharmonie“. Damit wird die Kulturbehörde zur Geisel eines 500-Millionen-Grabes, das nach Fertigstellung bestenfalls eine luxuriöse Spielstätte für Megastars des internationalen Klassik- und Jazz-Tourneezirkus ist. Mal abgesehen davon, dass die Symbolwirkung der Elbphilharmonie nichts an sozialem Zynismus zu wünschen übrig lässt: Da lässt die Stadt ein „Leuchtturmprojekt“ bauen, das dem Geldadel ein Fünf-Sterne-Hotel sowie 47 exklusive Eigentumswohnungen zu bieten hat und dem gemeinen Volk eine zugige Aussichtsplattform übrig lässt. Was für ein Wahrzeichen!

Uns macht es die „Wachsende Stadt“ indes zunehmend schwer, halbwegs bezahlbare Ateliers, Studio- und Proberäume zu finden, oder Clubs und Spielstätten zu betreiben, die nicht einzig und allein dem Diktat des Umsatzes verpflichtet sind. Genau deshalb finden wir: Das Gerede von den „pulsierenden Szenen“ steht am allerwenigsten einer Stadtpolitik zu, die die Antwort auf die Frage, was mit städtischem Grund und Boden geschehen soll, im Wesentlichen der Finanzbehörde überlässt. Wo immer eine Innenstadtlage zu Geld zu machen ist, wo immer ein Park zu verdichten, einem Grünstreifen ein Grundstück abzuringen oder eine Lücke zu schließen ist, wirft die Finanzbehörde die „Sahnelagen“ auf den Immobilienmarkt – zum Höchstgebot und mit einem Minimum an Auflagen. Was dabei entsteht, ist eine geschichts- und kulturlose Investoren-City aus Stahl, Glas und Beton.

Wir haben schon verstanden: Wir, die Musik-, DJ-, Kunst-, Theater- und Film-Leute, die Kleine-geile-Läden-Betreiber und Ein-anderes-Lebensgefühl-Bringer, sollen der Kontrapunkt sein zur „Stadt der Tiefgaragen“ (*Süddeutsche Zeitung*). Wir sollen für das Ambiente sorgen, für die Aura und den Freizeitwert, ohne den ein urbaner Standort heute nicht mehr global konkurrenzfähig ist. Wir sind willkommen. Irgendwie. Einerseits. Andererseits hat die totale Inwertsetzung des städtischen Raumes zur Folge, dass wir – die wir doch Lockvögel sein sollen – in Scharen abwandern, weil es hier immer weniger bezahlbaren und bespielbaren Platz gibt. Mittlerweile, liebe Standortpolitiker, habt ihr bemerkt, dass das zum Problem für euer Vorhaben wird. Doch eure Lösungsvorschläge bewegen sich tragischer Weise kein Jota außerhalb der Logik der unternehmerischen Stadt. Eine frische Senatsdrucksache etwa kündigt an „die Zukunftspotenziale der Kreativwirtschaft durch Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu erschließen“. Eine „Kreativagentur“ soll zukünftig u.a. „Anlaufstelle für die Vermittlung von Immobilienangeboten“ sein. Wer sich die Mieten nicht leisten kann, muss sich als „künstlerischer Nachwuchs“ einsortieren lassen und bei der Kreativagentur um „temporäre Nutzung von Leerständen“ ersuchen. Dafür gibt es sogar einen Mietzuschuss, allerdings nur, wenn „die Dringlichkeit des Bedarfs und die Relevanz für den Kreativstandort Hamburg“ gegeben sind. Unmissverständlicher



kann man nicht klarstellen, was „Kreativität“ hier zu sein hat: Nämlich ein Profit Center für die „Wachsende Stadt“.

Und da sind wir nicht dabei. Wir wollen nämlich keine von Quartiersentwicklern strategisch platzierte „Kreativimmobilien“ und „Kreativhöfe“. Wir kommen aus besetzten Häusern, aus muffigen Proberaumbunkern, wir haben Clubs in feuchten Souterrains gemacht und in leerstehenden Kaufhäusern. Unsere Ateliers lagen in aufgegebenen Verwaltungsgebäuden, und wir zogen den unsanierten dem sanierten Altbau vor, weil die Miete billiger war. Wir haben in dieser Stadt immer Orte aufgesucht, die zeitweilig aus dem Markt gefallen waren – weil wir dort freier, autonomer, unabhängiger sein konnten. Wir wollen jetzt nicht helfen, sie in Wert zu setzen. Wir wollen die Frage „Wie wollen wir leben?“ nicht auf Stadtentwicklungs-Workshops diskutieren. Für uns hat das, was wir in dieser Stadt machen, immer mit Freiräumen zu tun, mit Gegenentwürfen, mit Utopien, mit dem Unterlaufen von Verwertungs- und Standortlogik.

Wir sagen: Eine Stadt ist keine Marke. Eine Stadt ist auch kein Unternehmen. Eine Stadt ist ein Gemeinwesen. Wir stellen die soziale Frage, die in den Städten heute auch eine Frage von Territorialkämpfen ist. Es geht darum, Orte zu erobern und zu verteidigen, die das Leben in dieser Stadt auch für die lebenswert machen, die nicht zur Zielgruppe der „Wachsenden Stadt“ gehören. Wir nehmen uns das Recht auf Stadt – mit all den Bewohnerinnen und Bewohnern Hamburgs, die sich weigern, Standortfaktor zu sein. Wir solidarisieren uns mit den Besetzern des Gängeviertels, mit der Frappant-Initiative gegen Ikea in Altona, mit dem Centro Sociale und der Roten Flora, mit den Initiativen gegen die Zerstörung der Grünstreifen am Isebek-Kanal und entlang der geplanten Moorburg-Trasse in Altona, mit No-BNQ in St. Pauli, mit dem Aktionsnetzwerk gegen Gentrifizierung und mit den vielen anderen Initiativen von Wilhelmsburg bis St. Georg, die sich der Stadt der Investoren entgegenstellen.“

*Manifest, veröffentlicht am 29.10.2009 auf einer Pressekonferenz im Gängeviertel. Alle Unterzeichnerinnen und Unterzeichner finden sich im Internet unter [www.buback.de/nion](http://www.buback.de/nion)*

## **Impressum:**

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft  
Norbert Hackbusch  
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg  
Telefon 040 / 42831-2250  
Telefax 040 / 42831-2255  
email: [info@linksfraktion-hamburg.de](mailto:info@linksfraktion-hamburg.de)  
[www.linksfraktion-hamburg.de](http://www.linksfraktion-hamburg.de)

Layout: Karin Desmarowitz & Caroline Golz  
Fotos: Karin Desmarowitz (S. 44: Roland Magunia)  
Druck: Drucktechnik, [www.drucktechnik-altona.de](http://www.drucktechnik-altona.de)

Erscheinungsdatum: August 2010  
Auflage: 4.000

## **Christoph Twickel**

Jahrgang 1966, arbeitet als Journalist, Autor und Radiomoderator in Hamburg und hat die Besetzung des Gängeviertels journalistisch begleitet.

Als Mitinitiator vom Manifest „Not In Our Name, Marke Hamburg“ ist er selbst zum Akteur in der Hamburger „Recht auf Stadt“-Bewegung geworden. Im August 2010 erscheint sein Buch „Gentrifidingsbums oder Eine Stadt für alle“ bei der Edition Nautilus.

## **Norbert Hackbusch**

Jahrgang 1955, ist in Hamburg seit Jahrzehnten politisch aktiv und Mitglied in der Hamburgischen Bürgerschaft sowie ein Vorstandsmitglied der Fraktion DIE LINKE.

Als kulturpolitischer Sprecher und Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Kreativität freut er sich über die Verknüpfung kultureller und stadtteilpolitischer Aktivitäten.